



JUNG+LIBERAL

Das
**MITGLIEDER-
MAGAZIN**
der Jungen
Liberalen



An der Ampel





**FRIEDRICH NAUMANN
STIFTUNG** Für die Freiheit.

MACH MEHR AUS DEINEM ENGAGEMENT!



Die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit bietet viele kostenlose Bildungsangebote, damit Du bei Deinem politischen oder gesellschaftlichen Engagement noch wirksamer sein kannst. Entdecke jetzt die vielfältigen Formate von Talks, Workshops und Seminaren bis zu Publikationen.



LEONARD KERN-WAGNER (22) ist Chefredakteur der jung+liberal. Er studiert Sozialwissenschaften an der Uni Düsseldorf und ist bekennender Zeitungsjunkie. Lieblingsteile: Politik, Wirtschaft, Finanzen und die Rezeptseite. Du erreichst ihn unter kern-wagner@julius.de.

Euer
Feedback
zur
Ausgabe



Liebe Julis,

vor knapp einem Jahr haben die Deutschen einen neuen Bundestag gewählt. Mit den Freien Demokraten wurde die liberale Stimme im Parlament gestärkt, noch deutlicher wuchsen die Grünen, während Union und SPD nahezu gleichauf im Rennen um Platz 1 lagen. Aus dieser Gemengelage ergab sich eine politische Verbindung, die sich gewiss nur wenige Liberale vor der Wahl gewünscht und noch weniger erwartet hätten – die Ampelkoalition. Der Koalitionsvertrag trug allerdings eine deutliche liberale Handschrift: von der Rückkehr zur Schuldenbremse, über den Verzicht auf Steuererhöhungen, einen ersten kleinen Schritt Richtung Kapitaldeckung in der Rente, einer Reformen des BAföGs, bis hin zur Legalisierung von Cannabis. Doch seit der Unterzeichnung des Koalitionsvertrages ist gefühlt noch deutlich mehr Zeit vergangen als nur knapp neun Monate. Die Welt ist heute eine andere, Europa ist in einer anderen Situation und die Herausforderungen vor denen Deutschland jetzt steht, wurden im Dezember letzten Jahres so nicht vorhergesehen. In der letzten Ausgabe der j+l vor der Bundestagswahl (03/21), haben wir uns mit all den Ideen auseinandergesetzt, die wir in den Bundestag bringen wollten. In dieser Ausgabe (03/22) werfen wir den Blick darauf, was vorerst aus ihnen geworden ist! Die Frage: Wo steht

Deutschland nach einem Jahr An der Ampel? Wir fokussieren uns dabei nach zwei Ausgaben zu außen-, sicherheits- und europapolitischen Themen auch wieder einmal auf wesentliche innere Angelegenheiten. Was allerdings gleich bleibt, ist die Vielfalt unseres Mitgliedermagazins – an Standpunkten und Themen. In der jung+liberal, die ihr in Händen haltet, geht es um Freihandel und die Schuldenbremse, die BAföG-Reform und Mental Health. Wir diskutieren über den Tankrabbat und sprechen über den ÖPNV, werfen einen Blick auf Einwanderung und eine mögliche Zukunft der Sozialsysteme. Darüber hinaus haben wir ein Interview mit dem Unternehmer und YouTuber Niklas Steenfatt. Wie immer sollen die Stücke nicht nur interessant und unterhaltsam sein, sondern auch zur Debatte, gar zum Widerspruch, anregen. Ich bin mir sicher: Auch das gelingt dieser Ausgabe an einigen Stellen. Wie immer danke ich den Autoren ganz besonders für ihr Engagement.

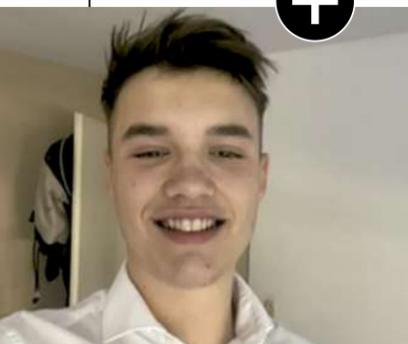
Damit wir als MitgliederMagazin in Zukunft besser werden und auf eure Wünsche eingehen können, bieten wir euch mit dieser Ausgabe auch erstmals die Möglichkeit an, uns euer Feedback über eine kurze Feedback-Umfrage mitzuteilen; der QR-Code bringt euch hin. Wer ausführlicher Rückmeldung geben oder in Zukunft selbst für die jung+liberal schreiben möchte, kann sich natürlich auch weiterhin über kern-wagner@julius.de direkt bei mir melden. Der Autorenverteiler steht allen Mitgliedern offen und ich freue mich über jedes neue Gesicht. Jetzt wünsche ich euch viel Spaß mit dieser Ausgabe und viele neue Erkenntnisse beim Lesen.

Euer Leo



Seite 8

LEITARTIKEL VON FRANZISKA BRANDMANN:
 (Noch k-)ein Jahr blinkt die Ampel



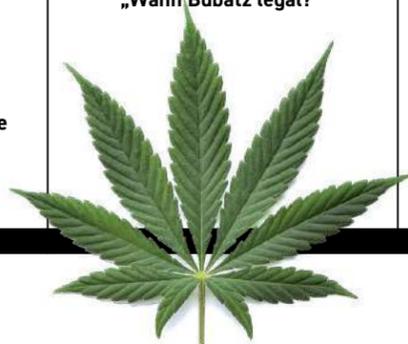
Seite 10

NIKLAS STEENFATT & SAMUEL KESSLER:
 Interview zu Elite-Universitäten,
 Informatik und Datenschutz



Seite 22

VINCENT OEHME:
 „Wann Bubatzt legal?“



Seite 14

TORBEN HUNSDÖRFER:
 Das Bollwerk der Freiheit: die
 Schuldenbremse



Seite 16

JESSICA BREMES:
 Mental Health Matters!
 Doesn't it?



Seite 24

LIA GRAHL: Einwanderung
 – Ampel do something!



Seite 26

JOHANNA KOCH:
 Schaffen wir die Energiewende?



Seite 20

BENJAMIN HINZ:
 Freier Handel für eine freie Welt



Seite 28

THERESA LEY:
 Die BAföG-Reform ist noch
 lange nicht am Ziel



Seite 30

MARVIN BRETSCHNEIDER:
 Die Zukunft des Sozialstaats



Seite 32

TIM SCHÜTZ:
 Von erfolgreichem ÖPNV und
 einem sauren Apfel



Seite 34

CHARLOTTE JACOBSON:
 Lesezeichen

Weiteres

Seite 3

Editorial

Seite 6-7

Neumitgliederleitfaden

Seite 13

LANDESVERBAND
 NIEDERSACHSEN:
 Special zum Wahlkampf

Seite 35

Impressum

Zukunft ist jetzt.

Gemeinsames gesellschaftliches Engagement ist wichtiger denn je – für unser Heute und Morgen. Entdecke, wie McDonald's für seine Gäste, Mitarbeiter:innen und unsere Umwelt Verantwortung übernimmt. Einfach den Code scannen oder vorbeischaun auf bettermcdonalds.de



AKTIV WERDEN

bei den Jungen Liberalen



Unsere Mission

Als überzeugte Optimisten glauben wir fest daran, dass Deutschland und Europa die besten Zeiten noch bevorstehen. Toleranz und Weltoffenheit sind unser Selbstverständnis. Seit 40 Jahren streiten wir für die Achtung von Bürger- und Menschenrechten, die soziale Marktwirtschaft, beste Bildung und ein Maximum an individueller Selbstbestimmung. Wir sind überzeugt: Kleine Menschen gibt es nicht. Deshalb wollen wir echte Chancen eröffnen und mit unserer

Politik Flügelheber sein für alle, die durch eigene Leistung und Fleiß vorankommen wollen. Im Video erklären Dir Nemir und Paavo noch ausführlicher, für was wir Junge Liberale stehen. Du möchtest wissen, wie wir JuLis uns zu einzelnen Themen positionieren? Dann wirf einen Blick auf unsere Beschlussammlung (julis.de/beschlussammlung). Einen guten Überblick bietet auch unser Bundestagswahlprogramm 2021.

Bring dich ein!

Unser Verband lebt vom Engagement der Mitglieder, den vielen unterschiedlichen Talenten und der großen Einsatzbereitschaft auf allen Ebenen. Es gibt fast unbegrenzt viele Möglichkeiten, sich bei den Jungen Liberalen einzubringen. Viele haben sich über Jahre bewährt, einige sind brandneu: Unsere drei Squads unterstützen den Bundesvorstand bei der Öffentlichkeitsarbeit, der IT

und Events. Du hast besondere Skills und kannst uns supporten? Schau mal unter julis.de/squads vorbei. Mehr zur internationalen Ebene und unserer programmatischen Ideenschmiede erfährst Du hier: als Pfeil zu Internationalem und BAKs. Wie Du aktiv werden kannst und Dein Knowhow in den Verband einbringen kannst, erfährst Du im Video von Julius & Tobi.



Hier geht es zur Videoplaylist







Bundesarbeitskreise

Hast Du eigene Ideen, die Du einbringen willst oder möchtest Du mit anderen JuLis über politische Fragen diskutieren? Dann sind unsere Bundesarbeitskreise (BAKs) genau richtig für Dich! Hier entwickeln wir neue und innovative Ideen für Anträge zu Bundeskongressen. Jeder

kann an den Meetings unserer BAKs teilnehmen und seine eigenen Ideen einbringen. Vorkenntnisse sind nicht erforderlich. Melde Dich einfach bei der zuständigen Leitung unter julis.de/bak. Du willst noch mehr erfahren? Dann schau bei Marc und Max vorbei.

Bundeskongresse und Veranstaltungen

Der Bundeskongress (BuKo) findet zwei Mal im Jahr statt und ist das oberste Beschlussgremium der Jungen Liberalen. Stimmrechtlich sind 200 Delegierte, die zuvor von unseren 16 Landesverbänden gewählt wurden. Mitdiskutieren dürfen alle Mitglieder. Auf Dich warten außerdem ein buntes Rahmenprogramm und eine BuKo-Party. Darüber hinaus haben wir über das ganze Jahr verteilt Seminare und Veranstaltungen.

Digitaler Verband

Die Digitalisierung ist eine der größten Aufgaben unserer Generation. Nicht nur in der Politik, sondern auch in unserem Verband. Dafür benötigen wir Deine Unterstützung! Bei den Jungen Liberalen wird Digitalisierung als Team-Aufgabe betrachtet und auch so gelebt. Das IT Squad unterstützt den Bundesvorstand tatkräftig bei der Ausarbeitung und Durchführung von Digitalisierungsprojekten. Felix verrät Dir noch mehr.

Internationales

Wenn Dich internationale Arbeit interessiert, kannst Du Dich im Internationalen Komitee einbringen. Dieses arbeitet in Gruppen zu verschiedenen Weltregionen zu unterschiedlichsten Projekten, wie Demonstrationen, Austausch mit internationalen Partnerorganisationen, Kampagnen und vielem mehr. Deine

Ideen sind willkommen. Melde Dich bei der Leiterin oder dem Leiter der jeweiligen Weltregion, wenn Du mitmachen möchtest: julis.de/intkom. Kennst Du unsere europäische (LYMEC) und internationale (IFLRY) Dachorganisation? Unsere International Officerin Alice stellt sie Dir online vor.



Noch mehr zur Struktur und dem Aufbau der Jungen Liberalen erklärt dir Constantin.



Und wenn Du dich für die Aufgaben eines Schatzmeisters interessierst, guck doch mal bei Marco vorbei.

Der Bundesvorstand

Der elfköpfige Bundesvorstand (BuVo) leitet die Geschäfte der Jungen Liberalen und wird jährlich von unserem Bundeskongress (BuKo) gewählt. Der Bundesvorstand erledigt die laufenden politischen und organisatorischen Aufgaben (u.a. Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Organisation von Kongressen und Seminaren sowie Erarbeitung von Anträgen und Programmwürfen).

Die Bundesgeschäftsstelle

Die Bundesgeschäftsstelle (BGST) unterstützt den Bundesvorstand bei der operativen Arbeit und ist die Schaltzentrale für die Administration unseres Verbandes. Du erreichst sie telefonisch unter +49 30-68078550 oder per Mail an info@julis.de.



Die Ombudspersonen

In einem so großen Jugendverband kann es auch einmal zu Problemen oder sozialen Konflikten kommen. Um in solchen Situationen zu schlichten, Lösungen zu finden oder Fehlverhalten aufzuklären, gibt es bei uns die Ombudsperson. Seit November 2021 ist Robert Teuber Ombudsperson der Jungen Liberalen. An ihn kannst du dich jederzeit vertrauensvoll wenden, wenn du mit Problemen konfrontiert bist, die du nicht selber lösen kannst oder möchtest. Du erreichst Robert per Mail unter: ombudsperson@julis.de. Die Ombudsperson widmet sich aber nicht nur Konfliktsituationen, sondern kontrolliert auch, ob der Bundesvorstand in seinem Handeln stets die Beschlusslage des Verbands beachtet und einhält. Robert verrät Dir noch mehr über seine Aufgaben in der JuLithek.



(Noch k-)ein Jahr blinkt die Ampel

Eine vorläufige **Bestandsaufnahme**

Noch wenige Monate vor der Bundestagswahl schien eine Ampel-Regierung für viele so weit von der Realität entfernt wie der Mond von der Erde. Wenige Stunden, nachdem die Wahllokale geschlossen hatten und die ersten Hochrechnungen über die Bildschirme flimmerten, war aber klar: Die Bürgerinnen und Bürger hatten die Union nach 16 Jahren Kanzlerschaft ausgewählt.

Das Konrad-Adenauer-Haus befand sich im Panik-Modus. Die Union würde in den nächsten Jahren mit sich selbst beschäftigt sein. Die FDP hingegen erstritt das zweitbeste Ergebnis ihrer Geschichte. Nicht nur, aber insbesondere Dank vieler Erstwählerinnen und -wähler, von denen 23 Prozent den Freien Demokraten den Auftrag erteilten hatten, sie im Bundestag zu vertreten.

Die Koalitionsverhandlungen, die auf diese Bundestagswahl folgten, machten uns allen Mut. Gerade auch vielen, denen zuvor die Phantasie gefehlt hatte, auf welcher gemeinsamen Grundlage eine Ampel-Koalition geschlossen werden könnte. Gemeinsame Selbsterklärungen der Verhandler, vertrauliche Gespräche

ohne Durchstechereien an die Presse, unaufgeregte Statements – ganz offensichtlich fanden sich hier drei unterschiedliche Parteien zusammen, die es sich zur Aufgabe gemacht hatten, einen neuen Politik-Stil zu begründen, der einen Gegenentwurf zum Umgang der Großen Koalition darstellen sollte. Sowohl das Sondierungspapier als auch der Koalitionsvertrag enthielten Kernpunkte aller drei Parteien. Überrascht merkten viele Beobachter an, dass die FDP sich in vielen zentralen Bereichen mit ihren Anliegen durchgesetzt hatte, etwa durch die Einhaltung der Schuldenbremse, den Ausschluss von Steuererhöhungen und den Einstieg in die kapitalgedeckte Altersvorsorge. Insbesondere fan-

den viele Anliegen der Jungen Liberalen den Weg in den Koalitionsvertrag, so etwa auch die Erhöhung der Minijobgrenze und die Verantwortungsgemeinschaft, ein Konzept, das einst auf einem programmatischen Wochenende der Jungen Liberalen erarbeitet worden war. In einem bemerkenswerten Interview mahnte Robert Habeck, dass der Weg der FDP in die Ampel-Koalition der längste gewesen sei, da zwischen FDP und den anderen Koalitionspartnern keine vergleichbare Nähe herrsche wie zwischen SPD und Grünen, "und das bedeutet erst einmal, dass die FDP Anspruch auf Anerkennung und Respekt hat".

Innerhalb der Jungen Liberalen und innerhalb der

FDP entstand vorsichtiger Optimismus, wemgleich dieser nicht von allen geteilt wurde. Erst einmal abwarten, wie die neue Regierung am Ende tatsächlich arbeitet, so lautete die Devise. Schließlich hat es noch nie in der Geschichte der Bundesrepublik eine Bundesregierung geschafft, das Regierungshandeln der nächsten Jahr vorwegzunehmen. Inzwischen ist fast ein Jahr vergangen und diese Ausgabe des j+l fordert uns dazu auf, eine erste Bestandsaufnahme vorzunehmen. Was bleibt nach (fast) einem Jahr Ampel? Drei Gedanken und ein Wunsch.

GEDANKE 1: EINE FORTSCHRITTSKOALITION MACHT SICH AUF DEN WEG.

Nach 16 Jahren, in denen die Union in Regierungsverantwortung stand und nach acht Jahren, in denen zwei Große Koalitionen das Land in die politische Stagnation befördert haben, gilt es nun, sehr vieles aufzuholen. Insbesondere, aber nicht nur, in der Gesellschaftspolitik. Dass die Ampel-Koalition keinen Monat vergehen lässt, in der sie deutlich macht, dass sie sich dies ganz konkret zur Aufgabe gewählt hat, sollte uns stolz machen. Endlich ist §219a StGB Geschichte, werden Frauen, die bei ihrem Facharzt Informationen über eine Abtreibung erhalten worden, nicht mehr im Stich gelassen. Endlich wird das BAföG erhöht und digitalisiert. Endlich wird wieder eine Haushalts- und Finanzpolitik gemacht, welche die Schuldenbremse und so die Handlungsspielräume künftiger Generationen ernstnimmt. Endlich wurde der Nachholfaktor bei der Rente wieder eingeführt, um für Generationengerechtigkeit zu sorgen. Endlich wurde die Minijobgrenze erhöht. Endlich wird durch die Ratifizierung von CETA ein klares Zeichen für Freihandel gesetzt. Wichtig ist: Das darf erst der Anfang sein. Die Aktienrente, das eltern-

unabhängige BAföG und die Digitalisierung der Verwaltung stehen sinnbildlich für große Mammutprojekte, die so schnell und umfassend wie möglich umgesetzt werden müssen. Das mit politischem Druck sicherzustellen, ist auch Aufgabe der Jungen Liberalen.

GEDANKE 2: DER RUSSISCHE ANGRIFFSKRIEG AUF DIE UKRAINE STELLT DIE WELT AUF DEN KOPF. DIE NOTWENDIGE ZEITENWENDE WURDE VEREINBART - ABER SIE HAKT.

Am 24. Februar 2022 wurde deutlich: Jeder, der dieser Koalition eine herausforderndes erstes Regierungsjahr prophezeit hatte, hat noch untertrieben. Der brutale Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine hat vieles offenbart: Etwa, dass die Russlandpolitik der letzten Jahrzehnte falsch war und katastrophal gescheitert ist. Dass die energiepolitische Abhängigkeit Deutschlands von Russland ein heute unvorstellbarer Fehler war. Dass die Große Koalition strategisch fahrlässig gehandelt hat, indem sie die Bundeswehr kaputtgespart und ihren Verpflichtungen gegenüber der NATO nicht nachgekommen ist.

Die Ampel-Regierung hat im Kern richtig reagiert. Sie hat eine Zeitenwende ausgerufen und ein Sondervermögen von 100 Milliarden Euro auf den Weg gebracht. Aber bei den Waffenlieferungen, die nötig sind, um der Ukraine zur Selbstverteidigung und somit zum Sieg zu verhelfen, steht die SPD, steht der Bundeskanzler, seit Monaten auf der Bremse. Das ist frustrierend. Umso wichtiger, dass Marie-Agnes Strack-Zimmermann die FDP hier klar positioniert und wir Jungen Liberalen weiterhin Druck machen.

GEDANKE 3: EINFACH WERDEN DIE NÄCHSTEN JAHRE NICHT.

Kurz vor der Sommerpause gibt es viel Streit in der Koalition, das lässt sich nicht beschönigen. Besonders in der Finanz- und Sozialpolitik rumst es gewaltig: Die FDP soll die im Koalitionsvertrag klar vereinbarte Schuldenbremse umgehend über Bord werfen, dem Tempolimit zustimmen, eine neue Berechnung der Hartz IV-Regelsätze mittragen, die Sozialminister Heil sich in Eigenregie überlegt hat. Das ein oder andere FDP-Mitglied wird bereits unge-

duldig: Soll das jetzt drei Jahre lang so weitergehen? Werden SPD und Grüne die FDP weiter in die Mangel nehmen? Wird die Krise, in der wir uns befinden, den Druck auf die FDP in den kommenden Monaten sogar noch erhöhen? Die ehrliche Antwort ist zumindest teilweise: Ja! Besonders in der Finanz- und Sozialpolitik sind sich FDP auf der einen und SPD und Grüne auf der anderen Seite häufig nicht einig. Das war schon vor dem Start der Koalition bekannt und das wird sich in den kommenden Monaten auch nicht ändern. Diese Fortschrittskoalition auch finanz- und sozialpolitisch als Koalition der Mitte zu positionieren, bleibt eine Herausforderung. Aber es ist eine Herausforderung, der wir uns bewusst angenommen haben und eine Herausforderung, die wir positiv annehmen sollten.

EIN WUNSCH: NICHT IN DIE DEFENSIVE GERATEN.

Wir wissen, warum wir das Experiment der Ampel-Koalition eingegangen sind: Weil dieses Land eine Fortschrittskoalition verdient hat, die der politischen Stagnation die rote Karte zeigt und Deutschland stattdessen in eine neue Zeit katapultiert. Diesen Auftrag haben die Jung- und Erstwähler insbesondere den Freien Demokraten gegeben. Diesen Auftrag haben wir im Bewusstsein der Schwierigkeiten und Herausforderungen angenommen, die auf uns warten. Deshalb dürfen wir nun und auch zukünftig nicht die Nerven verlieren, sondern müssen unserem Markenkern treu bleiben und mutig weiter für unsere Themen streiten. Das sollte uns Fortschritt wert sein.



TEXT: FRANZISKA BRANDMANN (28) ist die Bundestagsabgeordnete der Jungen Liberalen. Ihr erreicht sie unter brandmann@julius.de

Elite-Universitäten, Informatik und Datenschutz



NIKLAS STEENFATT (28) hat Informatik und Mathematik in Hamburg, Cambridge und Paris studiert. Heute lebt er in London und arbeitet in der Führung des israelischen Startups Masterschool. Auf seinem YouTube-Kanal berichtet er unter anderem von seinen Studiererfahrungen und seiner Zeit als Software Engineer bei Facebook.

Ein Interview mit **Niklas Steenfatt** –
geführt von **Samuel Kessler**

S

Samuel Kessler: Hallo Niklas! Vielen Dank, dass du dir die Zeit für ein Interview im Mitgliedermagazin der Jungen Liberalen nimmst. Schaut man sich deinen Lebenslauf an, kommt man schnell ins Staunen: Das Abitur hast du mit 1,0 abgeschlossen, darauf folgt ein Bachelor in Informatik und jeweils ein Masterabschluss in England und Paris. Der Start deiner Schullaufbahn war jedoch nicht leicht, woran lag das?

Niklas Steenfatt: Ich war überdurchschnittlich begabt und überdurchschnittlich frech, eine ganz gefährliche Kombination. Bei der Einschulung war ich schon deutlich weiter in Schreiben, Lesen, Rechnen als meine Klassenkameraden, von denen viele zumal aus sehr bildungsfernen Familien kamen. Die Lehrer waren von diesem Spektrum völ-

lig überfordert und haben mir die gleichen Aufgaben gegeben wie allen anderen. Das habe ich nicht einsehen wollen und dann alle möglichen Unsinn angestellt. Es ist so weit außer Kontrolle geraten, dass ich meine erste Grundschule letztlich verlassen musste. Ich bin dann nach der zweiten Klasse direkt an die vierte Klasse einer anderen Schule gewechselt, war dort aber immer noch genauso frech. Noch bis in die gymnasiale Mittelstufe stand ich quasi ständig mit einem Bein in der Sonderschule, auf jedem Zeugnis hatte ich eine zweistellige Zahl formaler "Tadel". Dass ich irgendwann die Kurve gekriegt habe und eine normale Bildungslaufbahn einschlagen konnte, verdanke ich der Engelsgeduld einiger besonders engagierter Lehrer - und natürlich der Unterstützung meiner Eltern.

SK: Das eigene Elternhaus hat auch heutzutage einen nicht zu vernachlässigenden Einfluss auf den eigenen Werdegang. Oftmals haben Studierende aus Familien mit kleinerem oder mittlerem Einkommen mit Geldproblemen zu kämpfen. Haben diese Faktoren in der Gestaltung deines Studiums eine Rolle gespielt - und was lässt sich deiner Meinung nach dagegen tun?

NIS: Einerseits haben wir es da in Deutschland ja schon ziemlich gut mit unseren gebührenfreien Universitäten. Andererseits sieht man im OECD-Ranking immer wieder, dass der Einfluss des Elternhauses auf die Karriere der Kinder bei uns besonders hoch ist, auch im Vergleich zu anderen Ländern in Europa. Das Problem fängt in der Schule an, wir brauchen dort mehr Begabtenförderung. Für Studenten gibt es schon ein gutes Angebot, davon habe ich selbst sehr profitiert. Die Studienstiftung des deutschen Volkes hat mein komplettes Studium finanziert, sieben Jahre lang, inklusive der Auslandssemester in England und Frankreich. Meine Eltern hätten die Cambridge-Studiengebühren sonst nicht gestemmt. Wir brauchen vergleichbare Angebote auch schon zur Schulzeit. Sommerferien, Sprachkurse, Auslandsaufenthalte, extracurriculare Materialien und Lehrangebote für besonders begabte Schüler. Das ist wichtig für mehr Chancengerechtigkeit und Meritokratie.

SK: Wie du schon angesprochen hast, hat es dich nach deinem Bachelorstudium nach Cambridge verschlagen. Bekannterweise ist die Studienkultur in England eine fundamental andere als in Deutschland. Was können wir, deiner Meinung nach, von den Engländern in diesem Kontext lernen? Und was läuft in Deutschland besser?

NIS: Das Gute am deutschen System ist, dass alle Universitäten ziemlich solide sind. Das

Schlechte ist, dass sie halt nur solide sind. Ein Streben zum Mittelmaß unter dem Deckmantel der Chancengleichheit halte ich für einen Fehler. Eliteuniversitäten wie Cambridge oder Oxford haben das Leuchtturmpotential, die talentiertesten jungen Menschen aus aller Herren Länder anzuziehen. Davon profitieren - gesellschaftlich - letztlich alle, auch diejenigen, die es selbst nicht dort hingeschafft haben. Und machen wir uns bitte nichts vor - Oxford und Cambridge sind in Europa einzigartig. Wir haben nichts, was da auch nur ansatzweise heranreicht. Das liegt teilweise natürlich am Betreuungsschlüssel: Bei uns sitzen oft 30 Studenten in einer Übungsgruppe, in Oxbridge sind es nur zwei. Die Atmosphäre auf dem Campus ist zudem eine ganz andere, die haben ein viel stärkeres Traditionsbewusstsein und eine viel größere Identifikation mit der Universität, die ja zumal eine Art Internat ist. Der Hauptunterschied liegt aber in der Selektivität. Wir brauchen mehr Spitzenprogramme, bei denen man ein ordentliches Auswahlverfahren durchläuft. Die Zulassung per numerus clausus ergibt ohnehin wenig Sinn, da Abiturnoten so schlecht länderübergreifend vergleichbar sind. Natürlich ist es gut und wichtig, dass auch mitelmäßige Studenten eine solide Ausbildung erhalten. Aber darauf alleine dürfen wir uns nicht ausruhen.

SK: IT-Fachkräfte sind in Deutschland ein rares Gut. Viele junge Menschen entscheiden sich nach der Schullaufbahn jedoch gegen eine IT-Karriere, weil sie sich das selbst nicht zutrauen. Was sagst du diesen jungen Menschen, die sich nicht schon im Kindesalter mit Computern und Programmieren auseinandergesetzt haben, mit Hinblick auf eine potenzielle IT-Karriere?

NIS: Ich habe mal ein YouTube-Video mit dem Titel "Informatik studieren ohne Vorkenntnisse" gepostet, das war noch recht am Anfang meines Kanals und das erste Video, das überdurchschnittlich viele Klicks erhielt. Das scheint wirklich ein Thema zu sein, dass sehr vielen IT-interessierten Jugendlichen auf dem Herzen liegt. Man hat halt immer diese typischen Kellerkinder vor Augen, die schon von Kindesbeinen an programmieren gelernt haben. Da fragt man sich schnell - wie soll ich das jemals aufholen? Das ist aber ein Trugschluss. Erstens habe ich gerade am Anfang des Studiums oft erlebt, dass gerade diejenigen mit Vorkenntnissen den Stoff zunächst nicht ernst genommen und dann irgendwann den Anschluss verpasst haben. Wir, die keine oder wenig Vorkenntnisse hatten, haben alle Übungen fleißig mitgemacht und am Ende besser abgeschnitten. Zweitens liegen die Vorkenntnisse meist nur in einem ganz kleinen Teilbereich der

Informatik, wie z.B. der Programmierung. Und drittens steht man ja gar nicht im Wettbewerb mit den Kommilitonen. Es gibt genug gute IT-Jobs für alle. Im Wettbewerb steht man vor allem mit sich selbst aus der Vergangenheit. Was kannst du heute, was du vorher nicht konntest? Darauf gilt es sich zu konzentrieren. Ich kann zur Informatik jedenfalls nur raten, dort gibt es in meinen Augen heutzutage die mit Abstand attraktivsten Stellen.

SK: Nach deiner Studienzeit hast du dann eine dieser attraktiven Stellen angenommen, als Data Engineer in London. Du betonst in deinen Videos und Beiträgen oft den Unterschied zwischen dem Leben in Deutschland und England. Als einen von vielen Unterschieden nennst du die Einstellung zu deinem ehemaligen Arbeitgeber Meta. Wie hast du diesen Unterschied genau wahrgenommen?

NIS: Als ich meinen internationalen Freunden erzählte, dass ich den Job bei Facebook bekommen habe, hieß es ausnahmslos: „Wow, was für eine renommierte Firma, herzlichen Glückwunsch!“ In Deutschland fielen die Reaktionen deutlich gemischter aus. „Facebook, echt jetzt? Die sammeln aber schon sehr viele Daten, oder?“. Zu einem gewissen Grad mag das an unserer generellen, typisch deutschen Skepsis liegen - ganz im Gegensatz zum angloamerikanischen Optimismus. Ich habe aber schon den Eindruck, dass Deutschland insgesamt eine Datenschutzhochburg ist, vielleicht auch aufgrund unserer Erfahrungen mit Datenmissbrauch zu Stasi-Zeiten. Hinzu kommt sicherlich, dass uns diese Silicon-Valley-Firmen generell fremder sind, viele haben die gar nicht als potentielle Arbeitgeber auf dem Schirm, und Facebook hat beispielsweise in Deutschland überhaupt keine Engineering Teams.

SK: Diese „typische Skepsis“ hört man bei dir jedenfalls nicht raus: Du selbst sagst nämlich, dass es nichts Schlechtes sei, Daten zu sammeln. Auf der anderen Seite ernten Konzerne wie Meta häufig Kritik dafür, dass sie sich zu Werbezwecken an persönlichen Daten von Nutzern bereichern. Wie beurteilst du in diesem Zusammenhang die Verantwortung der Tech-Konzerne und des Gesetzgebers?

NIS: Das gesamte Internet besteht aus Daten. Es ist eine völlig unrealistische Vorstellung, dass wir all diese schönen, modernen Apps haben können, ohne dass überall ständig Daten gesammelt werden. Ich verstehe dieses negative Framing nicht. Sollen die Firmen sich doch "bereichern" - uns bereichern sie ja auch mit ihren Produkten. Vielleicht hat der eben besagte angloamerikanische Optimismus auf mich abgefärbt, seit ich in England lebe, aber ich sehe das wirklich sehr positiv. Instagrams Werbealgorithmen bei-

spielsweise haben mich inzwischen sehr gut verstanden. Ständig kriege ich richtig tolle Produkte oder Theaterkarten vorgeschlagen. Die kaufe ich gerne und alle haben etwas davon: Ich, die Schauspieler auf der Bühne, das Theater, deren Marketing-Agentur und natürlich auch Instagram selbst. Als Creator profitiere ich übrigens auch sehr von den Statistiken, die Instagram und YouTube mir (anhand gesammelter Daten!) über meine Zuschauer anzeigen. Und die Zuschauer profitieren dann wiederum, hoffentlich, ein bisschen von meinem Content. Natürlich muss es trotzdem Regeln geben. Wenn jetzt einzelne Facebook-Mitarbeiter meine privaten Nachrichten mitläsen, würde ich mich auch beschweren. Leider ist mein Vertrauen in den Gesetzgeber da aber eher gering, denn Regulierungen haben sich in diesem Bereich nun wirklich nicht mit Ruhm bekleckert. Auf dem Papier klingen die immer ganz vernünftig, aber in der Praxis sitzen wir am Ende da und müssen ständig Cookie-Banner wegklicken.

SK: In deinem Video zu deinem Ende bei Facebook, gehst du - trotz der un schönen Trennung von deinem ehemaligen Arbeitgeber - auch darauf ein, dass du mit Teilen der öffentlichen Kritik an Facebook nicht vollständig einverstanden bist - kannst du dafür ein Beispiel anführen?

NIS: Am meisten stört mich, wie inkonsistent die Kritiker oft sind. In der einen Schlagzeile heißt es, Facebook betreibt Zensur und sei eine Gefahr für die freie Meinungsäußerung, und in der nächsten wird sich dann über Hassrede und Mobbing beschwert. Freiheit oder Sicherheit, dieser Trade-off wird für meinen Geschmack oft nicht klar genug hervorgehoben. Persönlich kann ich es überhaupt nicht nachvollziehen, wenn jemand sagt, Facebook würde nicht genug gegen Hass und Fakenews vorgehen. Mal im Ernst, die haben den Präsidenten der Vereinigten Staaten gebannt. Wie viel krasser geht es denn bitte? Das ist schon sehr weit auf dem Spektrum in Richtung Sicherheit. Ich persönlich bin eher im Freiheitscamp und habe den Trump-Bann damals für einen Fehler gehalten. Ich kann es gut nachvollziehen, wenn das jemand anders sieht, aber man möge sich doch bitte eine Position aussuchen und darin dann konsequent bleiben. Das Gegenbeispiel habe ich erst neulich wieder erlebt, ich war im ZDF-Format "13 Fragen" zu Gast. Dort fiel mir ironischerweise mal wieder die Rolle zu, Facebooks Verteidiger zu spielen, obwohl ich seit meiner Kündigung ja eigentlich gar nicht so gut auf die Firma zu sprechen bin, aber das ist eine andere Geschichte. In der Sendung beschwerte sich die Grünen-Politikerin Alexandra Geese

jedenfalls, dass ihr ständig Pro-Putin-Content vorgeschlagen würde. Weil die Algorithmen ja angeblich Hass und Kontroversen fördern. Nur kurz zuvor hatte sie allerdings eine lange Rede über Echo Chambers gehalten. Als ich sie auf diesen offensichtlichen Widerspruch hinwies, wusste sie keine Antwort. Der Austausch hat es leider nicht in den finalen Schnitt geschafft.

SK: Um abschließend nochmal einen Bogen zum Thema der digitalen Transformation zu spannen: Du bist nun bei Masterschool angestellt. Welche Rolle wird der Quereinstieg mittels Weiterbildungen in Zukunft für den IT-Sektor spielen? Können wir dem IT-Fachkräftemangel so entgegenwirken?

NIS: Der IT-Fachkräftemangel ist die eine Seite der Medaille. Die andere ist die unausweichliche Tatsache, dass es viele heutige Jobs in einigen Jahrzehnten nicht mehr geben wird. Jeder Busfahrer, Zugführer, Postbote, Supermarktverkäufer wird irgendwann seinen Job verlieren. Jeder. Das ist eine "wann"- und keine "ob"-Frage. Und das ist auch gar nicht schlimm. Schlimm wäre es, wenn die Menschen in diesen Berufen plötzlich ohne Perspektive dastünden. Kompakte, praxisorientierte Weiterbildungen wie Masterschool sind die naheliegende Lösung und eine gute Alternative für diejenigen, die nicht nochmal ein dreijähriges Studium oder eine Ausbildung durchlaufen möchten. Das ist sowieso ein Irrglaube, dass man für diese Jobs unbedingt ein komplettes Studium absolvieren müsse. Gerade, wenn man ein ganz konkretes Berufsziel vor Augen hat, reichen 6-12 Monate intensiven Trainings völlig aus, um es in den ersten Einstiegsjob zu schaffen. Wer ein halbes Jahr nur Data Analytics übt, weiß hinterher mehr über Data Analytics als jemand, der drei Jahre lang allgemeine Informatik studiert hat. Es soll bei reinen IT-Jobs aber übrigens nicht bleiben. Die IT-Branche ist besonders offen für Absolventen solcher neuen Bootcamps, deshalb war das ein logischer Anfang, aber wir haben weit größere Pläne. Wir bauen gerade das größte Netzwerk von Online-Schulen weltweit auf und werden Programme in Sales, Marketing und vielen weiteren Bereichen anbieten.



DAS INTERVIEW FÜHRTE: SAMUEL KESSLER (20) kommt gebürtig vom Bodensee und ist Student der Wirtschaftsinformatik in München. Als JuLi-Mitglied bewegen ihn insbesondere die Themen Wirtschafts- und Außenpolitik. Bei Fragen erreichst du ihn unter samuel.kessler@julius-bayern.de.

UNMÖGLICH. BIS ES PASSIERT.



Am 9. Oktober 2022 wählt Niedersachsen einen neuen Landtag. Wir sind bereit für die Zukunft – gestalten wir sie mit! Als Junge Liberale Niedersachsen haben wir konkrete Vorstellungen, wie wir das Leben und die Zukunft junger Menschen in Niedersachsen verbessern wollen. Wir vertrauen in die Fähigkeiten und Talente jedes einzelnen Menschen. Wir stehen für ein freies und selbstbestimmtes Leben auf einem gesunden Planeten. Mit Mut und Optimismus blicken wir auf die Herausforderungen der Zukunft, denn wir haben Lust auf Aufbruch.

Mit Mut und für den Fortschritt werden wir dafür, etwas zu verändern. In den kommenden Monaten wollen wir mit einem klaren Design für moderne Inhalte - und für starke Freie Demokraten im Niedersächsischen Landtag kämpfen. Wir wollen allen Nein-Sagern und Bremsklötzen eine Absage erteilen und uns den Herausforderungen unserer Zeit stellen. Die Kampagne steht für Innovation, Optimismus und Diversität. Deshalb lautet der Claim der Jungen Liberalen Niedersachsen zur Landtagswahl 2022 „Unmöglich. Bis es passiert“.

Egal, ob aufstiegssichernde Bildungspolitik, innovative Umweltmaßnahmen,

eine Zukunftsstrategie für die Hochschulen oder eine inklusive Gesellschaft, mit unserem Spitzenkandidaten Lars Alt bringen wir die Themen der Jugend für die Jugend auf die Straße. Denn um unsere Zukunftsvision Realität werden zu lassen, braucht es die FDP in der nächsten Niedersächsischen Landesregierung. Und dafür brauchen wir euch.

Niedersachsen ist ein Flächenland. Mit einem präsenten Wahlkampf wollen wir jedoch dafür sorgen, dass niemand an den Liberalen in Niedersachsen vorbeikommt. In diesem Wahlkampf wollen wir nicht darauf warten, dass die Wählerinnen und Wähler zu uns kommen; wir gehen zu ihnen. Ob am Supermarkt oder im Theater, auf dem Festival oder am Strand. Um die niedersächsischen Wählerinnen und Wähler zu erreichen, müssen wir als Freie Demokraten, als Junge Liberale auf die Straßen. Der Landesverband hat dafür vier Bustouren und mehrere Aktionen geplant. Ihr seid herzlich dazu eingeladen, uns im Wahlkampf zu unterstützen.

Wir starten unsere Bustouren vom 19.-21. August 2022 in Ost- und Südniedersachsen. Für die Tour im Osten haben wir einen Reisebus organisiert, der uns mit 50 JuLis durch das Land bringen wird. Daher der große Aufruf, uns im August in Ostniedersachsen zu unterstützen!

Weiter geht es vom 23.-25. September 2022 durch West- und Nordniedersachsen. Auch hier wird uns ein Reisebus durch den Westen des Landes und damit zu den Wählerinnen und Wählern bringen. Wir leiten das Ende des Wahlkampfes am 01.10.2022 mit einer gemeinsamen Aktion mit der FDP ein, um am letzten Wochenende vor der Wahl erneut für Aufmerksamkeit in der Fläche zu sorgen.

Um über unseren Wahlkampf informiert zu sein und zu bleiben, scannt gerne den QR-Code ein. Unter anderem findet ihr doch auch einen Kalender mit

weiteren Terminen der JuLi – Direktkandidat:innen, die sich über jeden Support aus dem Bund freuen. Außerdem findet ihr auch bereits eine Anmeldung für die Ostbustour. Die Links werden im Laufe des Wahlkampfes stetig aktualisiert, so dass ihr immer up to date bleibt.

Am 9. Oktober 2022 haben wir die Möglichkeit zu gestalten. Wir wollen in den nächsten Wochen alles dafür tun, diese Möglichkeit in vollen Zügen Realität werden zu lassen. Unterstützt uns mit eurer Power im Wahlkampf auf den Straßen und mit eurer Reichweite im Netz. Bei Fragen, Anmeldungen oder Anmerkungen stehe ich euch jederzeit über die Sozialen Medien oder per Mail zur Verfügung.



TEXT: NADIN ZAYA (23) Landesvorsitzende der Jungen Liberalen Niedersachsen. Gemeinsam mit der stellvertretenden Landesvorsitzenden für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit Frederike Hirt leitet sie federführend die Kampagne der niedersächsischen JuLis. Vervollständigt wird der Wahlkampf von Jonas Wimmer als Landesorganisator und Helge Gülzau als Landesprogrammmanager.

Scannt hier für alle Infos:



DAS BOLLWERK DER FREIHEIT: DIE SCHULDEN- BREMSE

Nachträgliche Änderungen der Verfassung sind ja sonst eher nicht so das Ding von Liberalen – einige wirklich großartige Änderungen gibt es aber: Unter anderem 2009 die Verfassungsänderung zur Einführung der Schuldenbremse.

Von Arbeitnehmerbündnissen wie den meisten Parteien immer wieder stark kritisiert, dürfte Sie vielen apolitischen Bürgern so egal wie unbekannt sein. Dabei ist sie vor allem eines: ein Bollwerk der Freiheit und des Rechts.

Was regelt die Schuldenbremse eigentlich im Detail?

Die Schuldenbremse verpflichtet den Bund seit 2016, sich jährlich nicht mehr als 0,35% des Bruttoinlandproduktes neu zu verschulden. Die Länder sind dazu seit 2020 verpflichtet. Außerdem verpflichtet die Schuldenbremse, die gemachten Schulden in absehbarer Zeit auch wieder zurückzahlen. Verfassungsrechtliche Ausnahmen von der gibt es nur in ausgewiesenen Fällen, unter anderem bei konjunkturellen Schiefhängen und Naturkatastrophen.

Historisch ist die Schuldenbremse für die Bundesrepublik ebenfalls. Seit Anfang der 2000er lag die Verschuldung kontinuierlich über den 60%, die der Vertrag von Maastricht als Obergrenze vorschreibt. 2010 lag die Verschuldung gar bei über 80%. Seit 2012 dann ging die Neuverschuldung wieder Jahr für Jahr zurück – die Schuldenbremse zeigte schon dann Erfolg, ohne rechtlich überhaupt in dem Sinne zu wirken.

Aber wieso ist staatliche Verschuldung in hohem Maße eigentlich so ein Problem? Hier ein kleine Übersicht, für alle, die sich noch nicht tiefer mit ihr beschäftigt haben:

1 Die Schuldenbremse sorgt für Generationengerechtigkeit. Sie verhindert, dass heutige Generationen auf Pump große Staatsausgaben tätigen, die dann von späteren Generationen zurückgezahlt werden müssen. Das ist schlicht unfair.

2 Wenige Schulden garantieren Krisenfestigkeit. Wer hohe Spareinlagen hat, kann diese in Krisenzeiten aufbrauchen – und falls nötig, günstiger Kredite aufnehmen als Staaten, die hochverschuldet sind.

3 Wer mit dem haushalten muss, was er zur Verfügung hat, überlegt sich jede Ausgabe doppelt. Die Schuldenbremse bindet dem Staat bei übermäßigen Unsinn-Ausgaben, die sich jenseits seiner Aufgabenkompetenz befinden, die Hände.

Eine Frage der Verträge

Die Gründe für die Schuldenbremse sind, wie aufgezeigt, mannigfaltig. Es gibt aber auch einen einfachen Grund – die Schuldenbremse ist eine einfache Sache der Europäischen Verträge und der Einhaltung dieser. Der Vertrag von Maastricht schreibt seit 1992 vor, dass sich die Unterzeichnerstaaten nicht mehr als 60% des Bruttoinlandproduktes verschulden dürfen. Das bedeutet, dass Staaten, die sich mehr verschulden, grundsätzliches Recht der Europäischen Union brechen. Wer was auf Rechtsstaatlichkeit hält, muss sich maßloser Neuverschuldung in den Weg stellen – und für die Schuldenbremse streiten.

Vielleicht war die Wichtigkeit der Einhaltung der Schuldenbremse auch selten so wichtig wie heute. Die Zeit der Nullzinsen ist für Staaten höchstwahrscheinlich vorbei – zwar viel zu spät und viel zu zurückhaltend, aber Staaten müssen bald wieder für ihr geliehenes Geld Zinsen bezahlen. Und wer nicht darauf achtet, dass seine Schulden im Lot bleiben, wird schnell von Zinszahlungen erdrückt. Zudem wächst die Wirtschaft wieder und die erwarteten Steuereinnahmen lassen keine weitere Notlage erkennen. Dem Staat ist während der Pandemie jede Disziplin flöten gegangen. Er wird sie wieder erlernen müssen.

Insgesamt sind wir auch gut beraten, wenn wir den Staat nicht noch weiter zum Inflationstreiber machen. Ein Staat, der jetzt noch durch große Investitionsprogramme und andere spaßige Aktionen weitere Milliarden Euro ins Geldsystem pumpt, bricht Recht und befeuert die Inflation. Keine Kombination, auf die wir uns einlassen sollten.

Die Mär der „Investitionen in die Zukunft“

Eines der häufigsten Gegenargumente ist, dass die Schuldenbremse „Investitionen in

die Zukunft“ verhindere. Abgesehen davon, dass sich sicherlich darüber streiten ließe, was sogenannte „Zukunftsinvestitionen“ eigentlich genau sind, ist dieses Argument falsch. Ein Staat, der gut wirtschaftet, ist jederzeit in der Lage, wirkliche Zukunftsinvestitionen zu tätigen. Anderenfalls muss er wohl an einer anderen Stelle sparen. Übrigens: Nach der Einführung der Schuldenbremse sind die öffentlichen Investitionen sogar um ein Viertel gestiegen.

Schließlich ist der Staat nun einmal nicht in der Lage, Geld auszugeben, wie ihm es gerade liegt – ob mit Schuldenbremse oder ohne. In unserem heutigen Fiatgeld-System, wo Zentralbanken Geld aus dem Nichts drucken können und (illegal) durch den Kauf von Staatsanleihen monetäre Staatsfinanzierung betreiben, braucht es rechtlich abgesicherte Mechanismen, die Staatsausgaben im expansiven Exzess verhindern. Genau solch ein Instrument ist die Schuldenbremse.

Denn schon Adam Smith wusste: „Wenn die öffentliche Schuld eine bestimmte Höhe überschritten hat, so gibt es, glaube ich, kein einziges Beispiel, wo es je gelungen wäre, sie auf gerechte Weise und vollständig zurückzahlen.“ Ein weiterer Grund, staatliches Schuldenmachen restriktiv zu begrenzen. Außerdem geht mit jeder Ausgabe des Staates stets eine Ausweitung seiner Macht einher – auch hier heißt es Vorsicht.

Wie kommen wir zur Schuldenbremse zurück?

Die Frage, wie wir zur Einhaltung der Schuldenbremse zurückkommen, ist einfach wie schwierig beantwortet: Sparen, sparen, sparen! Was wir brauchen, ist eine staatliche Aufgabenkritik für das 21. Jahrhundert. Geht Bildung mit Bildungsgutscheinen, wie Friedman es vorschlägt, nicht billiger? Brauchen wir Kultursubventionen? Nutzt dieses oder jenes Förderprogramm? Grundsätzliche Fragen, die dringend mal diskutiert werden sollten.

Wenn die Freien Demokraten in dieser Legislatur auch viele Kompromisse eingehen werden müssen, die eigene Positionen nicht abdecken, müssen sie vor allem eines: die Schuldenbremse endlich wieder einhalten.

"Insgesamt sind wir auch gut beraten, wenn wir den Staat nicht noch weiter zum Inflationstreiber machen"



TEXT:
TORBEN HUNSDÖRFER
(18) ist Kreisvorsitzender in Lippe, Bezirksprogrammatiker in OWL und liebt Bücher, Kaffee, Hayek, Wein und Tatort. Ihr erreicht ihn

unter: torbenhundsdoerfer@julius.de

Mental Health Matters! Doesn't it?

Die Ampel ist nach Ablauf der Sommerpause ein Jahr an der Regierung; wir erinnern uns an den Wahlkampf 2021 zurück und an Slogans wie „Mental Health Matters“, denn besonders in der Pandemie ist die Nachfrage nach psychologischer Unterstützung sehr stark angestiegen.

Unter dem Hashtag #22WochenWarten haben sich mittlerweile knapp 50 000 Menschen gefunden, die eine Petition zur Verkürzung von Wartezeiten auf Psychotherapieplätze unterschrieben haben.

In unserem eigenen Wahlprogramm haben wir mehr Studienplätze für Psychologie sowie Psychotherapie gefordert. Wir wollten schulpsychologische Beratungsstellen ausbauen, eine Aufklärungskampagne zur Entstigmatisierung von psychischen Krankheiten starten und besonders wichtig: Die Anzahl der Kassensitze für Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten wollten wir deutlich erhöhen. Ein guter Anfang, der im Vergleich zu den anderen Wahlprogrammen sehr konkret ist, aber eben auch umgesetzt werden muss. Warum wir uns als Liberale so dafür einsetzen müssen? Das Anerkennen, dass jeder Mensch individuell ist und somit auch individuelle Wünsche, Lösungsansätze und Wertvorstellungen hat, ist die Grundlage für eine gesunde Einstellung zu sich und den Mitmenschen, einer erfolgreichen Therapie sowie auch für den Liberalismus.

Ein Blick in den Koalitionsvertrag zeigt schnell, auf eine bundesweite Aufklärungskampagne konnte man sich einigen auf weitere konkrete Änderungen aber nicht. Der Tenor ist zwar immer derselbe; „wir wollen die psychosoziale Versorgung in Bereich XY verbessern“, das „Wie“ bleibt allerdings oft offen. Lediglich der Aufbau eines unabhängigen Zentrums für Safe Sport soll im Kampf gegen psychische und sexualisierte Gewalt angestrebt werden und unter „Arbeits- und Gesundheitsschutz“ findet man eine Forderung nach einem Mobbing-Report, um mehr Arbeitsschutz garantieren zu können.

Am 01.10.2021 ist die Verordnung zur Änderung der Approbationsordnungen für Zahnärzte und Zahnärztinnen, für Ärzte und für Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten erlassen worden und ist damit die einzige in dieser Legislaturperiode, welche im Ansatz suggeriert, Fortschritt im Bereich der mentalen Gesundheit zu geben. Allerdings wird auch hier nur insbesondere ein Verweisungsfehler in § 51 Absatz 1 PsychThApprO bereinigt.

Fehlt es also an konkreten Ideen?

Nein, es mangelt nicht an Vorschlägen und Ideen, wie die Bedingungen für betroffene Personen verbessert werden können. Viele Interessenverbände fordern beispielsweise schon lange eine Überarbeitung des Opferentschädigungsgesetzes (OEG) in Bezug auf komplexe Traumafolgestörungen. Grundsätzlich sehen wir hier sehr gut, wie weit politische Theorie und Realität auseinanderklaffen können. Wäh-

rend es 2020 176.673 registrierte Gewalttaten gab, wurden nur 17.578 Anträge nach dem OEG gestellt. Ganze 9,95 Prozent.

Woran das liegt? Zum einen scheint es dem Staat seit Jahren nicht wirklich daran gelegen zu sein, auf dieses Gesetz zur Opferentschädigung aufmerksam zu machen, denn laut einer aktuellen repräsentativen Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Forsa im Auftrag des WEISSEN RINGS hatten 76 Prozent der befragten Personen noch nie davon gehört.

Die wenigen Gewaltopfer, die von dem Gesetz wissen und eine Entschädigung beantragen, gehen größtenteils leer aus: Kaum mehr als ein Viertel, der in Deutschland bearbeiteten Anträge wird genehmigt. Entsprechend hoch sind die Ablehnungsquoten; zwischen 40 und 50 Prozent der Anträge fallen in den Ämtern regelmäßig durch. Der Rest der Anträge bekommt in vielen Ländern den Stempel „erledigt aus sonstigen Gründen“. „Sonstige Gründe“ sind zum Beispiel der Tod des Antragstellers, die Rücknahme des Antrags oder die Weitergabe des Falls an ein anderes Bundesland.

Der dritte Grund, warum Gewaltopfer ohne die beantragte Hilfe bleiben, sind die OEG-Verfahren selbst. Betroffene warten oft jahrelang auf eine Entscheidung, häufig müssen sie vorher aufwendige Beweiserhebungen durchstehen, psychologische Begutachtungen, Widerspruchsverfahren und Gerichtsprozesse, mitunter durch mehrere Instanzen. Dies ist nicht nur in finanzieller Hinsicht beispielsweise durch Anwaltskosten belastend, sondern auch psychisch.

Der Antrag auf Opferentschädigung umfasst sechs Formblätter, indem die Betroffenen von Gewalt über Tatzeit, Tatort oder Tathergang berichten müssen. Sie müssen erklären, ob sie eine Anzeige gestellt haben und sich rechtfertigen, wenn sie es nicht getan haben. Außerdem gibt es für die Beamten und Beamtinnen mehr als 45 Jahre nach Verabschiedung des OEG kein einheitliches, verbindliches Schulungskonzept für einen sensiblen Umgang mit verletzten und oftmals traumatisierten Betroffenen. Durchschnittlich dauert es 12 bis 18 Monate, bis ein Antrag fertig geprüft ist, dies kann aber natürlich individuell abweichen. Solange das Verfahren läuft, müssen die Betroffenen immer wieder mit einer erneuten Begutachtung oder Befragung durch ungelernete Verwaltungsmitarbeiter und Verwaltungsmitarbeiterinnen rechnen. Ein Trauma immer wieder in einem „Nicht-Therapeutischen-Rahmen“ zu thematisieren, kann die Betroffenen nicht nur triggern, sondern sogar traumatisieren, weshalb viele Therapeuten und Therapeutinnen ihren Pa-

tienten und Patientinnen raten, keinen Antrag zu stellen, da es den Heilungsverlauf bei zum Beispiel einer posttraumatischen Belastungsstörung (PTBS) negativ tangieren kann.

Das OEG ist nur ein Beispiel dafür, dass die Ampel noch einen langen Weg vor sich hat, um ehrlich etwas im Bereich Mental Health zu verbessern. Denn die Stimmen, die das OEG kritisieren, sind seit Jahren laut. Wir müssen uns nur die Ohrenschützer abnehmen und schwierigen Themen nicht ausweichen.

Es mangelt also nicht an konkreten Ideen, wie man die Situation für Betroffene von psychischen Belastungen verbessern kann. Doch woran dann?

Böse gesagt: an dem fehlenden politischen Willen. 43 Prozent der Erwachsenen leiden im Laufe ihres Lebens an einer psychischen Erkrankung. Im Zeitraum der Jahre 1997 bis 2020 haben die Arbeitsunfähigkeitsfälle (die zu mehr Sozialausgaben führen) aufgrund psychischer Erkrankungen in Deutschland, unter Frauen um 171 Prozent und unter Männern um 166 Prozent zugenommen. Da bleibt fraglich, warum dieser Bereich anscheinend keine hohe Priorität hat.

Aber: Wir haben die Möglichkeit, das zu

„

Es mangelt also nicht an konkreten Ideen, wie man die Situation für Betroffene von psychischen Belastungen verbessern kann. Doch woran dann?

ändern. Die Freien Demokraten regieren mit und wir Junge Liberale können sie immer wieder daran erinnern. Erinnern wir an unsere Wahlversprechen; mehr Studienplätze, mehr Kassensitze. Wir können uns für Präventionsarbeit, die über eine Entstigmatisierungskampagne hinaus geht, einsetzen. Wir könnten uns für mehr Anlaufstellen für von häuslicher Gewalt betroffene Männer einsetzen. Wir könnten uns

dafür einsetzen, dass Kassenpatienten oder Kassenpatientinnen online Therapiesitzungen bezahlt bekommen, um nach Umzügen die therapeutische Beziehung aufrecht zu erhalten oder betroffenen Menschen aus ländlichen Regionen den Zugang zu ambulanter Therapie erleichtern. Wir müssen es nur tun, denn Mental Health Matters.



TEXT:
JESSICA BREMES (22)
ist angehende Verwaltungsfachangestellte im Bereich Soziales und Kreisvorsitzende der JuLis Wuppertal. Ihr erreicht sie unter: j.bremes@fdp-wuppertal.de

Der Tankrabatt - Geldverschwendung oder erfolgreiche Entlastung?

Sind wir als FDP nicht eigentlich die Heimat des Ordoliberalismus der volkswirtschaftlichen Vernunft? Beim Tankrabatt hatte unser ordnungspolitischer Kompass wohl zumindest einen zeitweisen Aussetzer. Denn dieser ist, um es mit den Worten von ifo-Präsident Fuest zu sagen „insgesamt ziemlicher Quatsch.“ Und es ist kein Zufall, dass beinahe die Gesamtheit der Ökonomen dieses Landes die Maßnahme kritisch sieht. Denn spätestens seit dem Krieg in der Ukraine sollten zwei politische Ziele offensichtlich sein: Erstens müssen wir fossile Kraftstoffe sparen, und zweitens dürfen wir die Schwächsten unserer Gesellschaft nicht mit den steigenden Preisen allein lassen.

In beiderlei Hinsicht erreicht der Tankrabatt jedoch das absolute Gegenteil. Da einkommensstärkere Haushalte im Durchschnitt mehr Sprit verbrauchen, hat der Tankrabatt eine fatale Verteilungswirkung von unten nach oben. Profiteur des Tankrabatts ist somit nicht die alleinerziehende Mutter, die als Krankenschwester arbeitet und mit der Inflation und den steigenden Energiepreisen kämpft. Vielmehr ist es die gut bezahlte Wirtschaftsingenieurin, die jeden Tag mit dem Audi A5 zur

Arbeit pendelt und so überproportional von der Maßnahme profitiert. Solche Steuergeschenke für Wohlhabende sind keine liberale Politik, sondern ökonomische Geisterfahre.

Der Tankrabatt ist jedoch nicht nur sozialpolitisch ungeeignet, sondern auch geostrategisch unbesonnen. Während auf der einen Seite laut über weitere Sanktionen gegen Russland nachgedacht wird, verbilligt die Bundesregierung auf der anderen Seite den Treibstoff, sodass Russland auf den Weltmärkten mehr Geld verdient. Dazu muss man wissen, dass Deutschland keinen geringen Anteil seines Diesel-Kraftstoffes aus Russland bezieht. Anstatt also die eigenen Sanktionen indirekt zu untergraben, wäre es besser gewesen auf andere entlastende Maßnahmen zu setzen, die keinen Anreiz zum vermehrten Verbrauch fossiler Kraftstoffe setzen.

Doch gab es in den letzten Wochen durchaus auch positive Nachrichten zum Tankrabatt. So zeigen einige empirischen Studien, dass der Tankrabatt tatsächlich auch an die Verbraucher weitergegeben, und nicht wie von manchen befürchtet, von den Mineralölkonzernen und deren Vertriebsgesellschaften eingestrichen wird. Doch auch wenn diese Studien zunächst mal eine positive Nachricht sind, sollte man den

Tag nicht vor dem Abend loben. Denn da der Tankrabatt erst ganz am Ende der Wertschöpfungskette greift besteht die Gefahr, dass Konzerne über die Raffinerie-Marge indirekt die Spritpreise erhöhen bevor der Tankrabatt überhaupt ins Spiel kommt. Und die Margen der Raffinerien, die Rohöl zu feineren Kraftstoffen verarbeiten, sind momentan so hoch wie noch nie. Es ist also deutlich schwerer, Transparenz über die tatsächliche Weitergabe des Tankrabatts zu erhalten, als man meinen sollte. Quasi blind auf die Mineralölkonzerne zur Weitergabe des Tankrabatts zu vertrauen, ist in jeder Hinsicht ein Drahtseilakt, der nicht ohne Risiko ist.

Sozialpolitisch kontraproduktiv, geopolitisch unklug, und von den klimapolitischen Anreizen braucht man gar nicht erst zu sprechen - die Argumente gegen den Tankrabatt sind aus meiner Sicht absolut erdrückend. Insbesondere aus liberaler Perspektive gibt es jedoch noch ein abschließendes Argument, das allen JuLi- und FDP-Mitgliedern zu denken geben sollte: Der Tankrabatt ist bevormundend. Denn hätte man alternativ zum verbilligten Benzin eine pauschale Entlastung vorgenommen, hätte die oben genannte Krankenschwester eine Wahlfreiheit gehabt, ob sie vielleicht in die leicht teurere Wohnung näher am Arbeitsplatz zieht, ob sie sich ein Fahrrad kauft oder ihr Geld auf jede andere Art und Weise ausgibt, die ihr persönlich lieb ist. Mit dem einseitigen Fokus auf eine Senkung der Steuern auf fossilen Treibstoff hat der Staat unserer Krankenschwester diese Entscheidung bereits ungefragt abgenommen. Mit Freiheit hat dieser Tankrabatt nichts zu tun.



TEXT:
JAN OLSSON (25) studiert Public Policy an der Oxford University und gehörte früher dem Landesvorstand der JuLis Baden-Württemberg an.

Ihr erreicht ihn unter: jan.olsson@fdp-gp.de

ERFOLGREICHE ENTLASTUNG



Im Vorfeld sollte eines betont werden: Der Tankrabatt, so wie ihn die Bundesregierung umgesetzt hat, ist sicherlich alles andere als perfekt. Warum ich ihn trotzdem für eine erfolgreiche Entlastungsmaßnahme halte, werde ich im Folgenden versuchen zu erläutern.

Was ist der Tankrabatt überhaupt? Mit dem Tankrabatt wird vorübergehend die Energiesteuer auf das europarechtlich vorgeschriebene Mindestmaß gesenkt, gleichzeitig wird auf den wegfallenden Teil der Energiesteuer keine Mehrwertsteuer mehr fällig, was schlussendlich im Optimalfall zu einer Preisreduzierung von 35,2 Cent pro Liter Benzin und 16,7 Cent pro Liter Diesel führt. Erd- und Flüssiggaskosten sinken dabei ebenfalls um 6,16 Cent pro kg., bzw. 12,66 Cent pro kg und dienen damit vor allem der Entlastung hoher Treibstoffkosten für Autofahrer.

Eines sollte man sich hierbei besonders bewusst machen: Der Tankrabatt stellt im Grunde keine permanente Einzelmaßnahme, sondern einen Teil eines temporären Entlastungspaketes, bestehend aus Tankrabatt und 9-Euro-Ticket, dar. Während das 9-Euro-Ticket vor allem den Menschen zugute kommt, die die Vorteile einer funktionierenden ÖPNV-Infrastruktur genießen, spricht die Bewohnerinnen und Bewohner städtischer Großräume und Umgebung, entlastet der Tankrabatt vor allem jene, die durch ihren ländlichen gelegenen Wohnsitz gar nicht erst in den Genuss jenes ÖPNV kommen oder durch lange Arbeitswege zwangsläufig auf das Auto angewiesen sind. Dabei möchte man die Menschen nicht, wie einige Kritiker vermehrt argumentieren, zum Autofah-

ren animieren, ganz im Gegenteil. Denn die Zahl von 21 Mio. verkauften 9-Euro-Tickets (Stand Juni) zeugt durchaus von einer höheren Attraktivität des Bus- und Bahnverkehrs im Vergleich zum motorisierten Individualverkehr. 37% der Deutschen sind zumindest zum ÖPNV hingezogen. Selbst wenn dem nicht so wäre, ist es aus meiner Sicht darüber hinaus populistischer Schwachsinn, zu behaupten, man animiere die Menschen zum Gefährden des Klimaschutzes. Es geht nach wie vor einzig und allein darum, Autofahren für die darauf angewiesenen Menschen ein wenig bezahlbarer zu machen.

Die aktuelle Preisexplosion betrifft schließlich nicht nur die, die den ärmeren Bevölkerungsschichten angehören, sondern alle Einkommensklassen gleichermaßen. Auch für gutverdienende Mittelständler werden erhöhte Treibstoffpreise zum Risiko, denn ganze 40% der Deutschen haben am Monatsende keine ausreichenden Geldreserven, zusätzliche Treibstoffkosten könnten sie alle gefährden. Somit kommt allen der Tankrabatt berechtigterweise mehr als gelegen.

Hinzu kommen aus meiner Sicht fehlende realistische Alternativen. So können beispielsweise pauschale Hilfen an bedürftige Menschen zwar ohne Frage für eine Entlastung sorgen, erreichen im Vergleich zum Tankrabatt allerdings auch die Menschen, die entweder kein Auto fahren oder durch sehr geringe Fahrtwege de facto nicht gefährdet sind, wären somit also ungezielt und würden den eigentlichen Sinn einer solchen Maßnahme verfehlen, da solche Hilfen quasi bereits existieren oder kurzfristig umgesetzt werden können. Schließlich geht es, wie bereits zu Beginn genannt,

um die gezielte Entlastung der Bürgerinnen und Bürger in Bezug auf übermäßig hohe Treibstoffkosten, nicht um Zusatzhilfen, die möglicherweise die Mehrkosten durch gestiegene Lebensmittelpreise oder Energiekosten decken.

Ein letzter Pluspunkt: Das Entlastungspaket aus Tankrabatt und 9-Euro-Ticket führte im letzten Monat zu einer Senkung der Inflationsrate um 0,3 Prozentpunkte, die Teuerungsrate im Verkehrsbereich konnte dadurch sogar halbiert werden und steht nun bei 8,3% im Vergleich zum Vormonat. Zwar sind die Entwicklungen nach dem Auslaufen der Maßnahmen schwer zu prognostizieren, allerdings dürfte die Preisentwicklung auch in den kommenden zwei Monaten gedämpft werden.

Somit kann ich abschließend meine These bestätigen. Der Tankrabatt ist und bleibt eine erfolgreiche Entlastung, auch wenn es nicht bedeutet, dass er die einzig wirksame Maßnahme darstellt. Er ist schließlich eine erfolgreiche Entlastung, nicht die erfolgreiche Entlastung.



TEXT:
TIMO WECKES (17) hat dieses Jahr erfolgreich sein Abitur abgeschlossen. Er ist seit neun Monaten Mitglied der Jungen Liberalen und der FDP und seit Juni neuer Kreisvorsitzender der JuLis Krefeld. Er pflegt neben seinem Interesse an der Politik eine kleine Leidenschaft zur Musik und ist dazu ein kleiner Filmfanatiker. Ihr erreicht ihn unter: timo.weckes@julius.de

GELDVERSCHWENDUNG

N

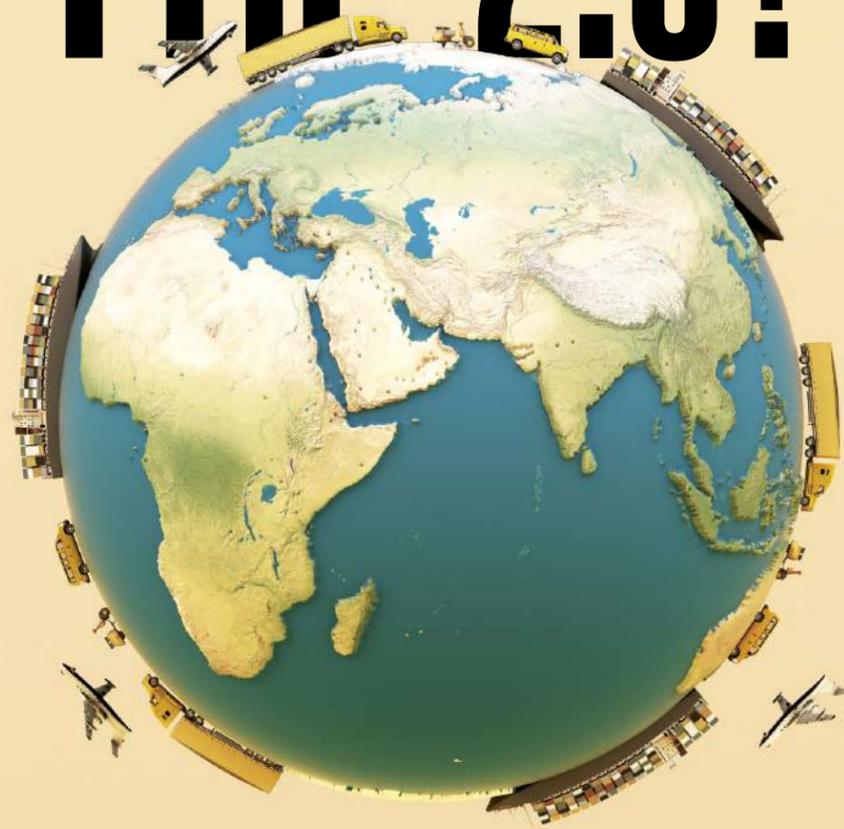
icht erst seit dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine sind uns unsere stark konzentrierten Abhängigkeiten in einigen Sektoren unserer Wirtschaft schmerzhaft bewusst geworden.

Bereits die Covid-19 Pandemie hat uns vor Augen geführt, wohin uns zu starke Abhängigkeiten von einzelnen Ländern und verwundbare Lieferketten führen können. Die Rufe nach mehr Autarkie und mehr Standorten für Schlüsseltechnologien werden dieser Tage immer lauter. Diese Impulse sind richtig. Wir Junge Liberale wissen aber auch, dass wir globale Lieferketten nicht einfach durch ausschließliche Produktion in Europa ersetzen können. Die Politik vom „Wandel durch Handel“ ist am 24. Februar 2022 krachend gescheitert. Im Mai 2022 hat Deutschland erstmals seit 14 Jahren mehr importiert als unsere Unternehmen in die Welt exportiert haben.

Statt immer mehr Abhängigkeiten und Verflechtungen mit den autokratischen Staaten dieser Welt sollten wir uns viel mehr auf unsere Wertepartner konzentrieren. Was von uns schon lange gefordert wurde, hat sich nun endlich auch die Bundesregierung in einem neuen Eckpunktepapier („Handelspolitik der Bundesregierung“) vorgenommen. So möchte die Ampel „vor allem mit Ländern, mit denen wir grundlegende Werte der liberalen Demokratie teilen (...) Kooperation und Handel intensivieren“. Zusätzlich möchte man zukünftig besonders Nachhaltigkeitsstandards und die Achtung der grundlegenden Arbeitnehmerrechte in den Vordergrund stellen.

Diese Prioritätensetzung findet sich auch auf europäischer Ebene. Die politische Einigung über das Freihandelsabkommen mit Neuseeland trägt daher ebenfalls eine stark klimapolitische und arbeitnehmerrechtliche Handschrift. Handelskommissar Valdis Dombrovskis geht sogar so weit, das Nachhaltigkeitskapitel des Abkommens als das ambitionierteste, was je in einem Handels-

Freier Handel für eine freie Welt KOMMT TTIP 2.0?



Erst vor einigen Wochen konnte sich die EU-Kommission auf ein neues **FREIHANDELSABKOMMEN** mit Neuseeland einigen, die Ratifizierung von **CETA** in Deutschland hat eine große Hürde genommen und auch mit den **MERCOSUR-Staaten** soll es bald ein neues Abkommen geben. Man könnte meinen, der Freihandel ist nach Jahren des Stillstands aus seinem Winterschlaf erwacht.

”
Statt immer mehr Abhängigkeiten und Verflechtungen mit den autokratischen Staaten dieser Welt sollten wir uns viel mehr **auf unsere Wertepartner konzentrieren**

abkommen verankert worden sei, zu bezeichnen. Ein wesentliches Element des Abkommens sind die Pariser Klimaschutzziele, die ILO-Kernarbeitsnormen, ein Kapitel zu nachhaltigen landwirtschaftlichen Erzeugnissen sowie Vorschriften zu Handel- und Geschlechtergerechtigkeit und zu Reformen von Subventionen fossiler Brennstoffe. Verstöße gegen ILO-Kernarbeitsnormen oder gegen das Pariser Abkommen können sogar mittels Sanktionen bestraft werden.

Während diese Einigung mit Neuseeland zu begrüßen ist, ist das Handelsvolumen mit dem Inselstaat mit nur 7,8 Mrd. Euro vergleichsweise gering. Wenn wir über unsere Wertepartner in der Welt sprechen, kommen wir nicht darum herum, den Elefanten im Raum zu benennen. Unseren engsten Verbündeten außerhalb Europas und dazu einen der wichtigsten Handelspartner: die USA. Natürlich kommen manchen bei Freihandel und den USA sofort negative Assoziationen mit den vergangenen Erfahrungen bei TTIP in den Sinn. Jedoch erleben wir seit Ausbruch des Krieges gegen die Ukraine eine Geschlossenheit zwischen Washington und Brüssel, die wir unter Trump für lange Zeit verloren glaubten und die Hoffnung macht.

Präsident Biden spricht gerne von einem „Summit of Democracies“, von einem Bündnis der Demokratien, die als Bollwerk gegen die immer stärker werdenden Autokratien dieser Welt zusammenrücken sollen. Zum Thema Handel hört man dabei leider oftmals verärgert wenig. Dabei wären eine verstärkte Zusammenarbeit und ein robustes Handelsabkommen mit der EU genau das richtige Signal für die Geschlossenheit des Westens und die Wettbewerbsfähigkeit marktwirtschaftlicher Demokratien im 21. Jahrhundert.

Allerdings überrascht Bidens Zurückhaltung bei Freihandelsabkommen kaum. Große Teile der amerikanischen Bevölkerung haben seit der Verhandlung von NAFTA unter Präsi-

dent Bill Clinton eine tiefe Abneigung gegen Freihandel entwickelt. Während man damals noch optimistisch auf die Chancen des Freihandels blickte, so zieht sich mittlerweile ein Grundmisstrauen durch beide Parteien. Der konfrontativen Haltung von Präsident Trump, der seine Handelspolitik mit Strafzöllen und einseitigen Maßnahmen durchzusetzen versuchte, steht nun die ambivalente Haltung von Joe Biden gegenüber. Einerseits muss er gerade im asiatischen Raum neben Sicherheitsbündnissen auch Handelsabkommen schließen, andererseits will er in Hinblick auf die Midterms im Herbst auf keinen Fall prominente Unterstützer wie die größte Gewerkschaftsorganisation AFL-CIO verlieren, die Freihandelsabkommen grundsätzlich ablehnt. Diese Gradwanderung versucht Biden durch unverbindliche Wirtschaftsabkommen zu meistern, die jedoch weder Zölle absenken noch anderweitig den Marktzugang verbessern. Hinzu kommt, dass sich der Kongress immer mehr daran stört, dass er bei wichtigen Handelsfragen kaum noch eingebunden ist und sich stattdessen die

Handelsbeauftragte Bidens, Katherine Tai, als Hauptakteurin auf diesem Feld bewegt.

Where does that leave us? Die Handelsbeziehungen zwischen der EU und den USA werden momentan durch den im vergangenen Jahr gegründeten Technologie- und Handelsrat bestimmt. Dieser bietet zwar eine gute Möglichkeit, einzelne Detailfragen in verschiedenen Arbeitsgruppen zu klären, konkrete Durchbrüche dieses Dialogforums sind jedoch noch nicht in Sicht. Für die EU sollte ein unverbindliches Wirtschaftsabkommen keine Option sein, genauso wenig wie ein maßgeschneidertes EU-Only-Abkommen, das die kritischen Fragen außen vorlässt. Wir brauchen daher einen neuen Anlauf für ein umfassendes

Freihandelsabkommen, ohne jedoch die Fehler der Vergangenheit zu wiederholen. Das geplante Abkommen mit Neuseeland kann

dabei möglicherweise als Vorbild dienen. Um etwaige Bedenken von Kritikern möglichst frühzeitig aus dem Weg zu räumen, erscheint es sinnvoll auch in einem neuen EU-US Abkommen die Themen Nachhaltigkeit und

Arbeitnehmerrechte von Anfang an zu priorisieren. Diese Priorisierung könnte auch Präsident Biden ein strategisches Fenster eröffnen, die freihandels-scheuen Teile seiner Partei mitzunehmen und zeitgleich klimapolitische Versprechen einzuhalten.

Im Moment ist es schwierig abzuschätzen, ob ein zweiter Anlauf für ein

Freihandelsabkommen während der Amtszeit Joe Bidens möglich sein wird. Viel hängt auch davon ab, ob es ihm gelingen wird, seine Mehrheit im Kongress im Herbst zu verteidigen, wobei die Zeichen momentan nicht gut für die Demokraten stehen.

Aber auch vor unserer eigenen Haustür gibt es große Herausforderungen in Bezug auf die gemeinsame Handelspolitik. Es kommt nahezu weltfremd daher, dass in einer EU, der vertraglich zugesichert die alleinige Außenhandelskompetenz zukommt, Abkommen wie CETA nach über fünf Jahren noch immer nicht vollständig durch alle 27 Mitgliedstaaten ratifiziert sind und damit nicht zur vollständigen Anwendung kommen. Es ist längst überfällig, dass der EU durch eine Vertragsänderung auch der Investitionsschutz und die verbliebenen nationalen Kompetenzbereiche im Außenhandel übertragen werden. Dann muss es auch möglich sein, ein Freihandelsabkommen durch ein Mehrheitsvotum im Rat und dem Europäischen Parlament zu ratifizieren. Durch diese Änderungen würden wir nicht nur schnelle Handlungsfähigkeit in zentralen Handelsfragen beweisen, es würde zudem den Populisten und Freihandelsgegnern den Zeitvorteil nehmen, den sie aktuell aufgrund der langen Ratifizierungsprozesse in den einzelnen Mitgliedstaaten haben.

Wir sind uns in Deutschland und der EU eigentlich einig, dass wir in Zukunft lieber mit unseren Freunden, als mit unseren Gegnern Handel betreiben wollen. Wenn es uns damit wirklich ernst ist, dann müssen wir aber auch so ehrlich sein und der EU die Instrumente an die Hand geben, die sie zum effektiven Abschluss dieser Verträge benötigt.



TEXT: BENJAMIN K.-H. HINZ (22) studiert Jura an der Humboldt-Universität zu Berlin. Seine Herzensthemen sind die Europa- und Außenpolitik. Du erreichst ihn unter: benjaminhinz64@gmail.com

„Wann Bubarz legal?“

Der Stand der CANNABIS-LEGALISIERUNG



it der Legalisierung von Cannabis hatte sich die Regierung aus SPD, FDP und Grünen ein ambitioniertes Ziel gesetzt. So heißt es im Koalitionsvertrag, dass: „die kontrollierte Abgabe von Cannabis an Erwachsene zu Genusszwecken in lizenzierten Geschäften“ eingeführt werden solle. Indessen befinden wir uns in der Mitte des Jahres 2022 und die Fragezeichen nach dem Wann, Wo und Wie bezüglich der Legalisierung werden größer.

Expertenanhörungen

Experten-Anhörungen zur Freigabe von Cannabis fanden in den zuständigen Ausschüssen des Bundestages im Juni 2022 statt. Weitere Themen der Expertenanhörungen werden Gesundheits- und Verbraucherschutz, Jugendschutz und Prävention, Lieferketten und ökonomische Fragen, Strafbarkeit, Kontrollmaßnahmen und Lizenzierung und Internationale Erfahrungen sein.

Nach Experten wird der Anfang 2024 als das früheste realistische Datum der Legalisierung definiert aufgrund der Zwänge des internationalen Rechts. Im Weg steht die „Single Convention on Narcotic Drugs“ der Ver-

einten Nationen. Innerhalb des Abkommens soll die Produktion, der Handel und der Verkauf sowie der Besitz von Drogen wie Cannabis reguliert werden. Deutschland hat sich an dieses Abkommen gebunden, wodurch der Verkauf von Cannabis zu Genusszwecken nicht ohne Weiteres legalisiert werden kann. Problematisch ist in diesem Zusammenhang jedoch zusätzlich, dass Deutschland Mitglied der Europäischen Union ist. Die EU-Gesetzgebung beruft sich auf die Single Convention. Wie diese rechtlichen Probleme gelöst werden können, ist noch unklar.

Ampel-MdBs zum Verhandlungsstand

Während einer Konferenz der Bundestagsabgeordneten der Ampel-Fraktionen, wurde deutlich, dass Dissens zwischen den Vorstellungen von SPD, Grünen und der FDP herrscht. Dabei geht es unter anderem um die Abgabeform. Debattiert wird, ob Cannabis nur in Shops und Apotheken oder auch im Internet erhältlich sein sollte.

Die drogenpolitische Sprecherin der FDP im Bundestag, Kristine Lütke befürwortet den Online-Handel: "Wenn man eine Identitätsfeststellung bei der Online-Eröffnung eines Bankkontos hinkriegt, sollte man das auch beim Kauf von Cannabis schaffen". SPD und Grüne sind aufgrund des Ziels der Einhaltung des Jugendschutzes bei der Einführung des Online-Handels skeptisch.

Die Meinungen der Ampel gehen auch bezüglich der Regelungen zum Eigenanbau auseinander.

Während sich die Grünen für den Anbau zu Hause aussprechen, erklärt SPD-MdB Carlos Kasper: "Wir sehen den Eigenanbau kri-

tisch." Vorstellbar seien aus seiner Sicht vom Staat zur Verfügung gestellte Räumlichkeiten, in denen der Anbau stattfinden könnte.

Gesetzentwurf und Planung

Bei der geplanten Legalisierung setzt sich die Ampel-Koalition für eine klare Obergrenze der erlaubten Kleinmengen ein. Nach der SPD-Innenpolitikerin Carmen Wegge seien 20 bis 30 Gramm im Gespräch. "Das Ziel der Legalisierung ist es, den Schwarzmarkt komplett trockenulegen", erklärt die SPD-Politikerin. Hierbei soll die Droge in lizenzierten Geschäften von Erwachsenen erworben werden können. Im Herbst sollen voraussichtlich die Eckpunkte für ein Gesetz zur kontrollierten und legalen Abgabe von Cannabis an Erwachsene stehen. Noch sind die zentralen Inhalte des Gesetzes innerhalb der Ampel-Koalition ungeklärt. Laut Gesundheitsminister Karl Lauterbach soll nach den Fachgesprächen in der zweiten Hälfte von 2022 ein Gesetzentwurf folgen. Während die Ampel diskutiert, legte die Linke bereits einen Gesetzesentwurf in der Ersten Lesung des Bundestages vor. Laut dem Entwurf soll für Volljährige der Erwerb und Besitz von bis zu 30 Gramm Cannabis oder Cannabisharz erlaubt sein. Zusätzlich soll der Anbau von bis zu drei weiblichen Cannabispflanzen für den persönlichen oder gemeinschaftlichen Eigenbedarf legalisiert werden. Bei der Überschreitung von Höchstmengen sieht der Gesetzesentwurf jedoch Bußgelder und Ordnungswidrigkeiten vor.

Sorgen der Legalisierung

Konsumenten befürchten, dass der illegale Verkauf von Cannabis nach der Legalisierung nicht aufhören wird. Begründet darin, dass die Preise in lizenzierten Geschäften zu hoch angesetzt werden könnten. Die Ampelregierung will das mit präventiven Maßnahmen verhindern. Es sollen mehr Möglichkeiten zum Drug-Checking geschaffen werden. Das bedeutet, dass es die Möglichkeit durch Anlaufstellen der Regierung geben soll, die Reinheit von auf dem Schwarzmarkt erworbenen Drogen zu kontrollieren. Die gesundheitlichen Gefahren durch Zusatzstoffe sollen hiermit vermindert werden.



TEXT: VINCENT OEHME (19) studiert Politikwissenschaften im Bachelor an der Universität Mannheim. Er ist stellvertretender Delegierter für Bezirks- und Landesparteiwege in der FDP und stellvertretender Vorsitzender der Jungen Liberalen Südamerika. Ihr erreicht ihn unter: vin_oe06@web.de

V.i.S.d.P. Fraktion der Freien Demokraten im Deutschen Bundestag, Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Freie Demokraten
fraktion im Bundestag FDP

fdpbt.de

HALLO AUS DEM BUNDESTAG,

bei der letzten Bundestagswahl haben 23 Prozent der Erstwählenden die FDP gewählt. Das ist ein **Vertrauensvorschuss**, dem wir gerecht werden wollen und eine große Verantwortung jungen Menschen gegenüber. Es braucht im Parlament eine lautstarke Stimme, die sich für alle freiheitsliebenden jungen Menschen einsetzt.

Innerhalb der Fraktion der Freien Demokraten haben sich dafür die 28 Abgeordneten, die zu Beginn der Legislatur 40 Jahre alt oder jünger waren, zusammengeschlossen und streiten für die Belange und Interessen junger Menschen.

Aktuell arbeiten wir an der Modernisierung des Bildungssystems, dem **Digitalpakt** für Schulen der Zukunft, einer umfassenden **BAföG-Reform**, weniger Bürokratie für junge Gründer und an der Erneuerung des Aufstiegsversprechens, damit nicht deine Herkunft über deine Zukunft entscheidet. An Technologieoffenheit für **Mobilität im ländlichen Raum**, der Stärkung privater Vorsorge und **Aktienkultur** für eine generationengerechte Rentenpolitik, der Verteidigung von Freiheitsrechten und **innovativem Klimaschutz**.

Unser Vorstandsteam besteht aus **Jens Teutrine** (Vorsitzender), **Ria Schröder** (stellvertretende Vorsitzende) und **Maximilian Mordhorst** (stellvertretender Vorsitzender). Sie informieren euch regelmäßig über laufende Anträge und Initiativen.

Schon gewusst: In der Fraktion sind wir immer auf der **Suche nach neuen Talenten** in vielfältigen Jobs. Alle Infos auf fdpbt.de/fortschrittsbeschleuniger-gesucht



Maximilian Mordhorst, MdB

Jens Teutrine, MdB

Ria Schröder, MdB

Freie Demok

Einwanderung in den Arbeitsmarkt

AMPEL DO SOMETHING!

Lange Schlangen an den Sicherheitskontrollen, endlose Wartezeiten und gestrichene Flüge. Restaurants, die nur noch eine kleine Speisekarte anbieten können und das mit exorbitanten Wartezeiten. Dies sind nur zwei Beispiele für das desaströse Bild, das sich aktuell in Deutschland abzeichnet. Wie kann es sein, dass in einer Dienstleistungsgesellschaft eben jene nicht mehr ausreichend angeboten werden können? Die Antwort ist offensichtlich und simpel: Personalmangel. Die Lösung für dieses Problem ist jedoch vielschichtig und eine Aufgabe, die dringend gelöst werden muss. In Bezug auf das Chaos an den Flughäfen wird dies bereits getan. Die Lösung heißt Zuwanderung in den Arbeitsmarkt. Für Personal an Flughäfen soll dies nun kurzfristig und einfach möglich gemacht werden. Aber der Arbeitskräftemangel betrifft viele weitere Branchen. Es ist an der Zeit, auch im Kontext des Ukrainekrieges sich wieder intensiv mit dem Thema Migration auseinanderzusetzen. Seit 2015 wird dieses Thema gern verdrängt, gemieden aber auch instrumentalisiert. Doch diese Thematik ist wichtig und darf nicht nur stiefmütterlich am Rande betrachtet werden. Es geht hierbei um nichts weniger als den Wohlstand der jungen und der kommenden Generationen. Es muss die Frage gestellt



werden: Wie wird die Ampel mit dieser Thematik umgehen?

Im Koalitionsvertrag stehen viele Vorhaben, die Versäumnisse der letzten Regierungen aufzuräumen. Dies ist ohne Frage wichtig und zwingend notwendig. Doch ein Teil kommt deutlich zu kurz, die systematische Einwanderung in den deutschen Arbeitsmarkt. Laut Koalitionsvertrag werden Arbeitsverbote für bereits in Deutschland Lebende abgelehnt und Geduldete, die sich in einer Ausbildung befinden, sollen mehr Rechtssicherheit durch eine Aufenthaltserlaubnis erhalten. Auf internationaler Ebene soll es Qualifizierungsmöglichkeiten für den deutschen Arbeitsmarkt und Jobbörsen geben. Dies sind alles wichtige Schritte, um die Zuwanderung in den Arbeitsmarkt zu verbessern, doch es bedarf eines Masterplans, der die Migration in den Arbeitsmarkt nicht nur stark vereinfacht, sondern auch enorm beschleunigt. Das Problem des Mangels an Personal ist nicht neu und im Gegensatz zur deutschen Bevölkerung, wird es auch nicht alt. Nach der Einwanderung der Gastarbeiter in den 1960er Jahren, ist der deutsche Arbeitsmarkt nahezu abgekapselt gewesen. Eine Änderung des Zustandes ist überfällig. Die geburtenstarken Jahrgänge gehen nach und nach in Rente und hinterlassen ein Loch auf dem Arbeitsmarkt, das nur schwer wieder zu schließen ist. Wer in Deutschland arbeiten will sollte dies tun können, ohne scheinbar endlose Hürden nehmen zu müssen. Forderungen wie Englisch als weitere Amtssprache sind ein wichtiger Schritt in diese Richtung, aber der Weg ist noch weit.

Das schnelle Handeln bezüglich des Personalmangels an den Flughäfen lässt auf die

Bereitschaft hoffen, dieses wichtige Thema schnell und präzise anzupacken. Andererseits war das Chaos kein unvorhersehbares Ereignis, sondern lange ersichtlich. Durch die stetig sinkende Geburtenrate nimmt die Überalterung unaufhaltsam zu. Prognosen des Statistischen Bundesamtes zufolge könnte 2050 mehr als die Hälfte der deutschen Bevölkerung über 48 Jahre und etwa ein Drittel 60 Jahre und älter sein. Diese Verschiebung des sogenannten Altersquotienten, sprich der Relation der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter zu dem Anteil der Bevölkerung im Ruhestand, ist drastisch. 1995 kamen auf einen Rentner 4,4 Erwerbstätige, 2050 wären dies ohne Zuwanderung nur noch 1,8. Bei einer Nettozuwanderung von bis zu 250.000 Personen pro Jahr würde diese Zahl auf 2,1 steigen. Trotz einer stetigen Zuwanderung würde sich die Zahl dementsprechend von 1995 bis 2050 halbiert haben. Eine gezielte und systematische Einwanderungs- und Integrationspolitik ist ebenso unumgänglich wie eine erhöhte Zuwanderung in den Arbeitsmarkt.

Migration nach Deutschland umfasst nicht nur die gezielte Einwanderung in den Arbeitsmarkt, sondern umfasst auch Asyl. Diese Formen müssen getrennt voneinander betrachtet werden. Die Einwanderung in den Arbeitsmarkt ist die Schlüsselstrategie für die langfristige Lösung des Problems. Humanitäre Hilfe hingegen muss gänzlich anders betrachtet werden. Dies geschieht auch so im Koalitionsvertrag. Doch an einer Stelle überschneiden sich beide Formen der Migration, im Bereich der Integration. Eine gelungene Integration muss als essenzieller Baustein be-

trachtet werden. Der Koalitionsvertrag sieht hier hauptsächlich eine weitere Förderung bereits vorhandener Strukturen vor. Dennoch ist auch festgeschrieben, dass eine „schnelle und nachhaltige Arbeitsmarktintegration“ gefördert werden soll. Trotz der Notwendigkeit der Einwanderung, muss sich immer vor Augen geführt werden, dass diese zwar eine essenzielle Stellschraube für die Sicherung des Wohlstandes kommender Generationen ist, wobei eine rasche, aber unkontrollierte Zuwanderung nicht das Ziel werden darf. Es braucht dementsprechend kontrollierte, aber auch barrierearme Strategien und das nach Möglichkeit bereits gestern.

Ob diese Mammutaufgabe in einer Legislatur gemeistert werden kann, ist höchst fraglich. Zu groß ist nicht nur die Aufgabe an sich, sondern auch die Hinterlassenschaften der Vorgängerregierung. Außer Frage sollte jedoch stehen, dass der Handlungsbedarf längst überfällig ist und definitiv von der Ampel in Angriff genommen werden muss. Menschen, die in Deutschland arbeiten wollen, müssen dies unkompliziert und vor allem schnell tun können. Es mag dystopisch klingen, aber wenn jetzt nicht gehandelt wird, wird sich vieles in naher Zukunft ändern. Dieses Thema strahlt in nahezu alle Bereiche des alltäglichen Lebens aus und wird dies mit voranschreitender Zeit immer energischer tun. Deutschland ist ein Einwanderungsland, braucht aber dringend geregelte Strukturen, um endlich für die Zukunft gewappnet zu sein. Es ist jetzt höchste Zeit und liegt in der Verantwortung der Ampel unverzüglich zu handeln. Ampel do something!



TEXT:
LIA GRAHL
(24) macht
aktuell ihr
Staatsexamen
in Geschichte

und Geographie für das Lehramt an Gymnasien in Greifswald und ist stellvertretende Landesvorsitzende für Programmatik bei den JuLis in Mecklenburg-Vorpommern. Ihr erreicht sie unter: grahl@julis-mv.de

Schaffen wir die ENERGIEWENDE im Gebäudesektor?

Eigentlich kann in der BAU- UND IMMOBILIENBRANCHE nichts mehr schief gehen, jetzt, da wir mit der Ampelkoalition ein eigenständiges Ministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen haben.

„
Insbesondere der Bausektor trägt einen wesentlichen Teil zum Treibhausgasausstoß im Gesamt-lebenszyklus von Gebäuden bei. Beispielsweise stehen dem **Baumaterial Beton, einer der größten Treiber des Klimawandels, kaum nachhaltige, langfristig getestete und preiswerte Alternativen gegenüber.**“

Das könnte man zumindest meinen, wären da nicht die Klimakrise und die daraus abgeleiteten Klimaschutzziele der Bundesregierung, die sich maßgeblich auf die Branche auswirken. Und das nicht ohne Grund, denn ganze 30 Prozent der ausgestoßenen CO₂-Emissionen entfallen auf den Gebäudesektor. Daher sind sich Experten und Bundesregierung einig: 2045 soll eine Netto-Treibhausgasneutralität in allen Sektoren erreicht werden. Das bedeutet, dass der Primärenergiebedarf von Gebäuden bis dahin um 80 Prozent reduziert werden muss.

Um das zu erreichen, werden von der Bundesregierung mit verschiedenen KfW-Förderprogrammen der energieeffiziente Neubau und die energetische Sanierung von Bestandsgebäuden gefördert. Die Regelungen für den Energieverbrauch von Gebäuden finden sich im Jahr 2021 in Kraft getretenen Gebäudeenergiegesetz, kurz GEG, wieder. Dieses stellt den Energieeinsatz im Gebäudebetrieb, welcher möglichst sparsam und unter zunehmender Nutzung erneuerbarer Energien erfolgen soll, in den Fokus.

Ein Projektentwickler, der die Vorgaben der Bundesregierung wie kein anderer in die Praxis überführt, ist die EUREF AG. Ihr 3,5

Hektar großer EUREF-Campus Düsseldorf, der 2024 eröffnet wird, ist ein echtes Leuchtturmprojekt der Energiewende. Mit seinem nachhaltigen Energiekonzept und moderner Gebäudetechnologie erfüllt der Campus die Klimaschutzziele der Bundesregierung für 2045 schon bei seiner Inbetriebnahme – und versorgt sich mit regenerativen Energiequellen und innovativer Seewassernutzung quasi selbst. Gerade in Zeiten von kriegsbedingter Energieknappheit ist dieses Konzept der Energieunabhängigkeit ein echter Lichtblick.

Und damit es mit dem Klimaschutz auch so richtig voran geht, dürfen auf dem EUREF-Campus nur Institutionen und Unternehmen Mieter werden, die sich den Themen Energie, Mobilität und Nachhaltigkeit widmen. Auf dem 2008 gegründeten EUREF-Campus Berlin ist dieses Erfolgskonzept bereits erlebbar. Dort arbeiten über 5.000 Beschäftigte in 150 Institutionen und Unternehmen, u.a. dem Bundesverband Erneuerbarer Energien oder dem von Corporate Knights (2021) zum nachhaltigsten Unternehmen der Welt gewählten französischen Konzern Schneider Electric. Gleichzeitig setzt sich die EUREF AG für die Nachwuchsförderung ein und entwickelt gemeinsam mit Hochschulen und Universitäten Masterstudiengänge rund um die Themen Energiemanagement und Zukunftsmobilität.

Doch innovativer Gebäudebetrieb hin oder her – die CO₂-Klimabilanz eines Gebäu-

des beginnt schon viel früher, nämlich bei seinem Bau. Die sogenannte „graue Energie“, die für Herstellung, Transport, Lagerung, Rückbau und Entsorgung von Baumaterialien benötigt wird, wird beim GEG sowie bei der Förderung von energieeffizienten Gebäuden nicht betrachtet. Daher forderte die FDP-Bundestagsfraktion bereits im Januar 2021, dass sich der klimaneutrale Gebäudebestand nicht nur auf den Energieverbrauch von Gebäuden im Betrieb beschränken soll, sondern eben auch diese graue Energie umfassen muss. Auch die Ampelkoalition hat sich zum Ziel gesetzt, in einem digitalen Gebäuderessourcenpass den „Einsatz grauer Energie sowie die Lebenszykluskosten verstärkt betrachten zu können“, um so die Kreislaufwirtschaft im Gebäudebereich greifbar zu machen.

Insbesondere der Bausektor trägt einen wesentlichen Teil zum Treibhausgasausstoß im Gesamtlebenszyklus von Gebäuden bei. Beispielsweise stehen dem Baumaterial Beton,

einer der größten Treiber des Klimawandels, kaum nachhaltige, langfristig getestete und preiswerte Alternativen gegenüber. Dabei stößt der meistverwendete Baustoff

mit seinem Bindemittel Zement verhältnismäßig viel Treibhausgasemissionen in die Atmosphäre (20 Mio. Tonnen CO₂ in 2019!). Da reicht es auch nicht, wie Bauministerin Klara Geywitz, nur auf den Baustoff Holz zu verweisen, der mit zusätzlichen Forderungen seitens Feuerwehr und Behörden einhergeht. Auch Holz muss zunächst nachhaltig an- und abgebaut, verarbeitet und transportiert werden. Hier ist also noch Luft nach oben. Deshalb ist es wichtig, dass die Politik mit dem Ansatz der Technologieoffenheit Anreize für innovative und nachhaltige Lösungen in der Baubranche schafft.

Ein Blick in den Koalitionsvertrag zeigt, dass das SPD-geführte Bauministerium diese Themen auf dem Schirm hat. Zumindest geht das aus der Formulierung hervor, man setze auf „passgenaue und technologieoffene Maßnahmen aus Optimierung der Gebäudehülle, der technischen Anlagen zur Erzeugung und Versorgung mit erneuerbarer Energie am Gebäude und Quartierslösungen“. Und mit dem Koalitionspartner FDP als treibende Kraft und dem verinnerlichten Leitprinzip „Nachhaltigkeit durch Innovation“, dürfen wir auf die Umsetzung des Vorhabens vertrauen.



TEXT:
JOHANNA KOCH (26), ist Projektmanagerin für Business Development bei der EUREF AG und begleitet das Expansionsprojekt in Düsseldorf aus Berlin. Darüber hinaus ist sie Kommunalpolitikerin in Berlin Mitte (BvV), dort stellvertretende Vorsitzende und Sprecherin für Wirtschaft und Soziales der FDP-Fraktion. Ihr erreicht sie unter: koch@fdp-fraktion-mitte.berlin





TEXT:
THERESA LEY (31)
arbeitet seit April als Social Media Specialist in einem Softwareunternehmen im VW Konzern und übernimmt als stellvertretende Bezirksvorsitzende auch bei den Jungen Liberalen Oberbayern die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit. Als Bundestagskandidatin für ihren Wahlkreis hatte sie die liberale Bildungspolitik als großen Themenschwerpunkt gesetzt. Ihr erreicht sie unter: theresa.ley@julis.de

Die **BAföG-** **Reform** ist noch lange nicht am Ziel

Die Bundestagswahl ist vorbei, die Ampel-Regierung hat ihre Arbeit aufgenommen und die ersten Gesetzesvorhaben wurden umgesetzt. Zeit also, einen ersten Blick zurückzuwerfen, ob wir unseren Forderungen aus dem Wahlprogramm in diesen Gesetzentwürfen gerecht werden konnten. Das Thema Bildung steht dabei seit Jahren ganz weit oben auf unserer liberalen Prioritätenliste.

Unsere Aufstiegsversprechen ist eng mit dem Ziel verbunden, jedem Kind, egal welchen familiären Hintergrund es hat, dieselben Möglichkeiten und Chancen auf den verschiedensten Bildungswegen zu bieten. Aber gerade, wenn es um die Aufnahme eines Studiums geht, müssen viele erst finanzielle Fragen klären. Kann ich mir das Studium leisten? Finde ich eine bezahlbare Wohnung? Kann ich meinen Lebensunterhalt finanzieren? Und wer kann mich finanziell unterstützen? Können meine Eltern einspringen? Andere Familienmitglieder? Brauche ich einen Nebenjob? Oder bin ich auf staatliche Unterstützung angewiesen?

Die staatlichen Unterstützungsleistungen für Studenten und Schüler werden im Bundesausbildungsförderungsgesetz, kurz BAföG, geregelt. Und das Instrument des BAföG gibt es auch nicht erst seit gestern. Im vergangenen Jahr wurde das BAföG 50 Jahre alt. Keine Frage, was so lange Bestand hat, muss wohl eine Erfolgsgeschichte sein. Dennoch hat sich über die Jahrzehnte auch einiges an Kritik angesammelt. Kurz nach seiner Einführung im Jahr 1971 bezogen rund 45% der Studierenden BAföG. Zuletzt waren es nur noch rund 11 %. Und das bei gleichzeitig steigenden Zahlen von Studierenden. Das mag vor allem daran liegen, dass die Einkommen bei den Eltern über die Jahrzehnte gestiegen sind. Viel mehr Studierende dadurch also keinen Anspruch mehr auf staatliche Förderung haben. Aber machen wir uns nichts vor: Gestiegene Einkommen bedeuten heute trotzdem nicht, dass sich mehr geleistet werden kann oder eine Familie ein komplettes Studium mitfinanzieren kann. Ganz zu schweigen von Familien, in denen mehrere Kinder gleichzeitig studieren möchten. Das BAföG als Instrument ist immer noch eine hervorragende Basis, sie muss aber deutlich mehr Studierenden zur Verfügung stehen. Eine Reform ist also dringend nötig.

Die Eckpunkte im Wahlprogramm der Freien Demokraten zum Thema BAföG waren klar umrissen: Es muss elternunabhängig werden, die Förderhöchststundendauer muss ausgedehnt werden, Studienfachwechsel sollen die Förderdauer nicht länger beeinflussen, Höchstaltersgrenzen müssen fallen und Zuverdienstgrenzen müssen angehoben werden. Keinesfalls immer selbstverständlich, dafür natürlich umso schöner, waren sich Junge Liberale und Freie Demokraten bei all diesen Punkten einig. Die Idee hinter diesem Konzept ist klar. Nicht länger sollen die Eltern eine Rolle spielen, ob und wer BAföG erhält. Jedem steht grundsätzlich eine Unter-

stützung zu. Wie hoch diese ausfällt, ist dann vom Einzelfall abhängig und sollte durch ein flexibel gestaltbares Darlehen auch von den individuellen Abwägungen des Einzelnen getroffen werden können. Gleichzeitig wird Studierenden durch Ausdehnung der Förderzeiten der Druck genommen. Wer sein Studium nicht in der Regelstudienzeit schafft oder sogar das Studienfach wechselt, ist noch lange kein schlechter Student. Veränderungen gehören zum Leben dazu und manche Entscheidungen müssen eben auch reifen. Die erste Hürde mussten unsere Verhandler schon mit dem Koalitionsvertrag nehmen. Es wurden zwar ähnliche Punkte aufgenommen, dennoch konnten sich nicht alle liberalen Positionen vollends durchsetzen. Es bleibt vor allem bei der Abhängigkeit vom elterlichen Einkommen bei einer abgeschwächten Form. Wenigstens steht das Stichwort „elternunabhängiger“ aber auch im Koalitionsvertrag an erster Stelle.

Papier ist bekanntlich geduldig. Taten in Form eines konkreten Reformentwurfs müssen folgen. Und das ist bereits geschehen. Am 23. Juni 2022 hat der Deutsche Bundestag dem 27. BAföG-ÄndG, dem Änderungsgesetz zum Bundesausbildungsförderungsgesetz, zugestimmt. Um es vorwegzunehmen. Mit den beschlossenen Änderungen wurde zwar ein Anstoß gemacht, den Ball versenkt hat man damit aber noch nicht. Alle Änderungen werden schon ab dem Wintersemester 2022/2023 für alle BAföG-Empfänger gelten. Erst einmal steigt der Förderungshöchstsatz um 8%. Heißt also, dass alle mehr Geld auf ihr Konto bekommen. Wir diskutieren gerade an vielen Stellen darüber, wie wir Haushalte angesichts des Ukraine-Krieges, der steigenden Energiepreise, der Inflation und den immer noch spürbaren Auswirkungen von zwei Jahren Pandemie entlasten können. Eine Erhöhung ist also bitter nötig. Außerdem wird die Einkommensfreigrenze der Eltern um 20,75% angehoben und beträgt künftig 2415 Euro. Das wird dazu führen, dass mehr Studierende einen Anspruch auf BAföG erhalten. Denn die Freigrenzen werden auf das Einkommen der Eltern angerechnet und dürfen nicht in die Bedarfsrechnung einbezogen werden. Auch die Vermögensfreibeträge werden erhöht. Wir bestrafen also nicht mehr diejenigen, die vorsorgen und sich eine Rücklage angespart hatten. Zu guter Letzt wird die Altersgrenze um 15 Jahre, auf 45 Jahre, erhöht. Auch damit eröffnen wir mehr Studierenden die Möglichkeit für staatliche Unterstützung. Das wird auch individuelleren Lebenswegen gerecht.

Denn nicht jeder beginnt sein Studium direkt nach dem Abitur. Bis hierhin ist klar eine liberale Handschrift zu erkennen. Wir sparen nicht an den falschen Stellen und investieren in die Zukunft. Wir eröffnen mehr Menschen mehr Möglichkeiten ihre Berufung zu finden.

Leider gibt es ein großes Aber: Denn dem aufmerksamen Leser wird aufgefallen sein, dass eine ganz wichtige, wenn nicht sogar die wichtigste Forderung fehlt. Nämlich, dass das BAföG zukünftig elternunabhängiger gezahlt wird. Die erste Reform bleibt damit deutlich hinter den Vereinbarungen zurück. Warum? Das Familienministerium gibt darüber wie folgt Auskunft: Eine elternunabhängigere Förderung im BAföG könne sinnvollerweise nur im Zusammenspiel mit der geplanten Kindergrundsicherung umgesetzt werden. Dafür wurde eine interministerielle Arbeitsgruppe unter Führung des Familienministeriums eingesetzt. Heißt also, solange diese Arbeitsgruppe nicht die Kindergrundsicherung reformiert hat, kann das BAföG nicht umgesetzt werden. Ein Blick in den Koalitionsvertrag hilft hier. Denn im Rahmen der neuen Kindergrundsicherung werden auch Bestandteile für die Bildungsförderung integriert.

„
Mit den beschlossenen Änderungen wurde zwar ein Anstoß gemacht, den **Ball versenkt hat man damit aber noch nicht.**“

Quasi der elternunabhängige Teil des BAföG, der wiederum direkt an die Kinder gezahlt wird. Das macht in der Gesamtbetrachtung Sinn, führt aber dazu, dass noch viel Zeit vergehen wird, bis wir hier vorankommen. Bis Ende 2023 will die Arbeitsgruppe ihr Konzept erarbeitet haben. Die nun beschlossenen Änderungen sind also auf keinen Fall abschließend. Und es darf kritisiert werden, dass der wichtigste Punkt noch fehlt. Aber gute Reformkonzepte benötigen eben manchmal Zeit. Ein erster Schritt wurde getan und das ist definitiv besser als nichts. Hoffen wir also darauf, dass zumindest die Forderung des Koalitionsvertrags in dieser Legislatur komplett umgesetzt werden.

Für uns Junge Liberale und Freie Demokraten heißt es weiter dranzubleiben. Denn ein komplett elternunabhängiges BAföG muss weiterhin das Ziel bleiben. Jeder sollte sich von den Entscheidungen seiner Eltern befreien können und seinen eigenen Weg bestreiten. Es liegt also noch ein weiter Weg vor uns.

BEDINGUNGSLOS!

Die Zukunft des Sozialstaats?

Seit 2005 unter Bundeskanzler Gerhard Schröder eingeführt, gibt es bis heute das Arbeitslosengeld II das umgangssprachlich meist Hartz IV genannt wird. Hintergrund der Einführung waren die damalige Arbeitslosigkeit, der wirtschaftliche Stillstand und hohe Sozialausgaben. Doch bald soll Schluss sein mit der bisherigen Grundsicherungsleistung.



Im Koalitionsvertrag der Ampel-Regierung steht: „Wir lösen die Grundsicherung durch ein neues Bürgergeld ab, damit die Würde des Einzelnen geachtet und gesellschaftliche Teilhabe besser gefördert wird.“ Ziel des neuen Bürgergelds soll laut Koalitionsvertrag sein, die Bürokratie zu reduzieren, die Würde des Individuums zu achten und die Menschen zur gesellschaftlichen Teilhabe zu befähigen. Um dieses Ziel zu realisieren, soll folgendes passieren: „Wir gewähren in den ersten beiden Jahren des Bürgergeldbezuges die Leistung ohne Anrechnung des Vermögens und anerkennen die Angemessenheit der Wohnung. Wir werden das Schonvermögen erhöhen und dessen Überprüfung entbürokratisieren,

digitalisieren und pragmatisch vereinfachen.“ Meiner Ansicht nach sind sowohl die Ziele als auch die dafür ausgewählten Maßnahmen, im Großen und Ganzen, ein Schritt in die richtige Richtung - ein Fortschritt. Allerdings ist es auch keine vollkommen neue Idee, sondern eher eine Weiterentwicklung von Hartz IV. Aber zurück zur Fragestellung aus dem Titel dieses Artikels. Der technische Fortschritt und damit insbesondere die Digitalisierung wird unsere Arbeitswelt und damit auch unser Sozialsystem zukünftig noch maßgeblich verändern. Das bedeutet, dass uns eine Transformation unserer Gesellschaft in Deutschland, aber auch Global bevorsteht. In der umstrittenen Studie von den Oxford-Wissenschaftlern Osborne und Frey mit dem Titel „Zukunft der



Arbeit“ aus dem Jahr 2013, gehen die Autoren davon aus, dass es durch den technologischen Wandel insbesondere durch künstliche Intelligenz, Robotik und maschinelles Lernen zu großen Arbeitsplatzverlusten kommen könnte. Ohne Frage werden wir in Zukunft noch Fachkräfte vor allem in der IT, der Pflege, der Forschung, im Handwerk, in der Erziehung und Lehre usw. benötigen, doch es werden



„Zukünftig werden hohe Qualifikationen notwendig sein **und ein lebenslanges Weiterbilden.**“



sicherlich auch viele Jobs wegfallen, und zwar beispielsweise im Einzelhandel, in der industriellen Fertigung, im Banken- und Versicherungswesen und in der Logistik. Es wird genug Menschen geben, die einfach nicht in den in Zukunft nachgefragten Bereichen arbeiten können oder wollen. Zukünftig werden hohe Qualifikationen notwendig sein und ein lebenslanges Weiterbilden. Ich möchte jetzt keinen zynischen Eindruck erwecken, doch viele Menschen werden diesen hohen Ansprüchen nicht gerecht werden und dafür werden wir ein stabiles, zukunftsfähiges Sozialsystem benötigen, damit auch diese Menschen in Würde leben können. Ob dafür, dann das Bürgergeld eine adäquate Lösung darstellt wird sich noch herausstellen, aber wirklich frei macht es die Menschen auch nicht viel mehr als momentan Hartz IV. Um die Freiheit muss es uns Liberalen aber primär gehen, denn das ist unser politischer Quellcode. Das Prinzip der Chancengerechtigkeit ist ein elementarer Baustein der Freiheit, denn viele Freiheiten lassen sich nur realisieren, wenn eine wirtschaftliche und soziale Grundversorgung sichergestellt ist. Also bedingungslose Freiheit für jeden zumindest in Bezug auf die Grundbedürfnisse der Menschen. Unser zukünftiges Sozialsystem müsste meiner Ansicht nach diese Voraussetzung erfüllen. Und es gibt ein Konzept, das diese Voraussetzung und auch noch andere Vorteile mit sich bringt, und zwar das Bedingungslose Grundeinkommen. Weitere Vorteile sind, die drastische Reduzierung der Armut und die wegfallende Stigmatisierung, da dann alle das gleiche Grundeinkommen empfangen würden.

Und wer jetzt denkt, dass das Bedingungslose Grundeinkommen eine linke Idee ist, der liegt zwar nicht ganz falsch, aber das BGE hat noch eine andere politische Herkunft, nämlich die Liberale. Der bekannte Soziologe und liberale Politiker Ralf Dahrendorf der zu den größten Denkern des 20. Jahrhunderts gehört war ein großer Befürworter des Bedingungslosen Grundeinkommens. Es existieren aber noch andere Persönlichkeiten, die jedenfalls nicht dem linken Spektrum zuzuordnen sind und Modelle des BGE befürworten wie beispielsweise den Telekom Chef Timotheus Höttges, der Ökonom Thomas Straubhaar und der Unternehmer Götz Werner, um nur wenige von vielen zu nennen. Da das soziale Netz aber ohnehin eine zukunftsentscheidende und für das friedliche Zusammenleben in Deutschland notwendige Angelegenheit ist, sollte man sowieso weitgehend ideologiefrei darüber nachdenken, auch wenn aus liberaler Sicht nichts dagegen, ganz im Gegenteil sogar einiges dafür spricht. Das im Programm der FDP stehende Liberale Bürgergeld kann auch als eine Form eines Grundeinkommens angesehen werden, allerdings ist dies an die Erwerbsarbeit gekoppelt und nur insofern bedingungslos, weil es bedingungslos ausgezahlt wird.

Beim Konzept des BGE hört man häufig einen großen Kritikpunkt, und zwar das Problem der Finanzierung, dabei existieren bereits zahlreiche Vorschläge, um ein BGE zu finanzieren, von höheren Mehrwertsteuern über eine Robotersteuer bis hin zu einer stärkeren Besteuerung der Gewinne von Tech-Firmen. Über die verschiedenen Finanzierungsformen könnte man debattieren und selbst die genannten

hier zu erläutern würde zu weit greifen. Doch wer sich näher mit den Finanzierungsmöglichkeiten beschäftigt, wird schnell merken, dass das ein nicht unüberwindbares Problem darstellt, wenn man zusätzlich bedenkt, dass bei einem BGE Bürokratie wegfällt und einige Sozialleistungen wie beispielsweise das Wohngeld wegfallen würden. Doch das bedingungslose Grundeinkommen ist heute noch Zukunftsmusik und dieses sozialpolitische Konzept wird es auch weiterhin nicht leicht haben, gegen seine zahlreichen Gegner wie die Gewerkschaften, Sozialdemokraten und Konservativen. Zukünftig sollten wir deshalb weiter und intensiver über das bedingungslose Grundeinkommen und seine verschiedenen Modelle debattieren, aber auch über alternative soziale Sicherungssysteme, denn die Debatte ist ein essenzieller Bestandteil einer funktionierenden Demokratie und die Debatte wird am Ende zu einem guten Ergebnis führen. Ein kleiner Ausblick in die Zukunft: Es wäre vernünftig das Grundeinkommen schrittweise einzuführen, um das BGE dauernd zu überprüfen und Fehler zu vermeiden. Eine Möglichkeit dafür, wäre ein partielles Grundeinkommen auszuzahlen. Das bedingungslose Grundeinkommen ist viel mehr als eine Utopie, es ist ein konkreter Plan, die Gesellschaft freier und fairer zu gestalten.



TEXT:
MARVIN BRETSCHNEIDER
(22) studiert Unternehmens- und Wirtschaftsinformatik in Mannheim. Er ist momentan FDP-Ortsvorsitzender in Brühl (Baden-Württemberg). Ihr erreicht ihn unter: marvinbretschneider@googlemail.com

unter: marvinbretschneider@googlemail.com

FÜR EIN EUROPA VON MORGEN

Svenja Hahn

Mitglied des Europäischen Parlaments

Digitalisierung und Künstliche Intelligenz sind schon heute Teil unseres Alltags. Ob beim Musik-Streaming oder in der Impfstoff-Entwicklung, KI ist überall dort, wo wir sind. In der Digitalisierung steckt vor allem die Chance, die EU zu einem weltweiten Innovationsführer im Tech-Bereich zu machen. Dabei setze ich mich dafür ein, unsere Bürgerrechte auch in der digitalen Welt von übermorgen zu schützen. Dafür habe ich mich im Sonderausschuss für Künstliche Intelligenz engagiert und jetzt in der Gesetzgebung zur KI-Verordnung. Mein Ziel ist es, der digitalen Zukunft das Gesicht Europas und der Demokratie zu geben.

@svenja_ilona_hahn
/svenjahahnfdp
/svenja_hahn



renew
europe.

ABONNIERE MEINEN
NEWSLETTER:



ÖPNV

Von erfolgreichem
...und einem
sauren Apfel



Erfolgreiche Verkehrspolitik muss politisch kein Karrierebooster sein. Oft liegt es gerade in diesem Politikfeld in der Natur der Sache, dass es sogar gegenteilig ist: Je besser Weichen gestellt werden und echte, langfristige Verbesserungen angegangen werden, desto unscheinbarer und weniger öffentlichkeitswirksam sind diese wichtigen Handlungen bis zum nächsten Wahltermin. Möchte man zeitnah, z.B. mehr Autobahnspuren in Hochstaueregionen, wie dem Ruhrgebiet schaffen, dauert dies Zeit und nervt erst einmal die Bevölkerung. (Abgesehen davon, dass eine Umfunktionierung der Standstreifen bei Neubauten von Parkbuchten, wie in Belgien, deutlich besser wäre) Soll dieser Artikel also ein Aufruf für eine strategischere und populistischere Verkehrspolitik sein? Ganz und gar nicht!

Sylt im Juni 2022: Die Sonne knallt, der Alkohol auch. Das 9€-Ticket ist ein echter Kult geworden. Politik muss gut erklärt werden. Der Emissionshandel klingt erst einmal kryptisch, beim 9€-Ticket ist klar, was es verspricht. Aus meiner Sicht ist das Ticket in der Sache und strategisch für uns Freie Demokraten jedoch ein Reinfall: Gefällt es den Menschen, wird es kaum mit der FDP in Verbindung gebracht. Stört man sich an den

riesigen Subventionen und der chronischen Überforderung der aktuellen Infrastruktur, wird man es gezielt uns übelnehmen. Dabei ist ein bezahlbarer und attraktiver ÖPNV auch für mich eines der größten politischen Ziele, die gezielt mehr Freiheit im Verkehrssektor ermöglichen wird. Mir ist es aber enorm wichtig, die richtige Reihenfolge einzuhalten. Das Geld wäre langfristig besser anders investiert worden.

Alles auf Autonomes Fahren

Ja, es muss natürlich erst einmal in die Infrastruktur investiert werden. Und ja, auch das Schienennetz muss weiter ausgebaut werden. Da Ausschreibungsverfahren in Deutschland jedoch ungefähr so lange dauern, wie der Bau des Kölner Doms muss hier dringend vereinfacht und beschleunigt werden, bevor im Eiltempo gebaut werden muss. Noch wichtiger finde ich aber eine Modernisierung des ÖPNVs; gerade auf kommunaler Ebene, aber auch im Fernverkehr. Ich würde mir wünschen, dass Deutschland den Mut hätte, eine gesetzliche Ausnahmeregelung zu verankern, dass erste Testprojekte des Hyperloops, einem gerade von Elon Musk gepushten Projekts, welches Bahnreisen unterirdisch so schnell werden lässt, wie Flugreisen, oder ähnlichen (überirdischen und langsameren)

Antriebsmethoden, hier möglich wären. Alleine kommunikativ muss mehr über solche Visionen gesprochen werden, bevor die Vision zum realpolitischen Mondfahrtprojekt wird. Zudem belächeln uns zahlreiche Städte im Ausland für unseren ÖPNV. In Kopenhagen ist das Autonome Fahren von Bahnen seit Jahren nicht bloß Science Fiction, sondern praktische Realität. Der Vorteil: Mit genügend Bahnen ist eine Taktung möglich, die Wartezeiten dem Stau auf den Straßen überlässt. Ich bin der festen Überzeugung, dass viel mehr Menschen den ÖPNV nutzen, wenn Wartezeiten der Vergangenheit angehören. Hier sind enorme finanzielle Kraftanstrengungen notwendig, die sich jedoch amortisieren werden, weil u.a. Personalkosten eingespart werden und mehr Menschen den ÖPNV nutzen können.

Wettbewerb

Manche JuLis hätten auch das Schienennetz gerne privatisiert. Klingt zunächst ja auch sinnvoll: Nicht der Staat alleine muss in Infrastruktur investieren, sondern private Unternehmen. Der Steuerzahler wird es danken. Leider würde dies ein Monopol der Deut-

schen Bahn zementieren: Kleinere, innovative Unternehmen werden niemals das Geld haben, die riesigen Summen des Schienenausbaus zu tragen. Ein Monopol der Deutschen Bahn wäre der Tod von Innovation und Katalysator für hohe Preise und ein gemütliches „in den Sessel“ sinken, weil es keinen Wettbewerb gibt. Es ist daher wichtig, dass der Staat Infrastruktur zur Verfügung stellt und die Nutzung dieser versteigert bzw. ausschreibt, damit echter Wettbewerb möglich wird. Je besser und beliebter Konkurrenten, wie Flixtrain, werden, desto größer der Druck für den Markt, der es den Kundinnen und Kunden danken und eine bessere Qualität und geringere Preise schaffen wird. Ich bin der festen Überzeugung, dass Bahnen, die modern, vielleicht schon etwas futuristisch sind, die Attraktivität des ÖPNV befeuern würden. Ich habe mich schon immer gefragt, warum es eigentlich eine 1. Klasse (die ich übrigens nie nutze, auch wenn ich es z.B. beruflich könnte) gibt, wenn sich diese kaum von der 2. Klasse abhebt. Ein potentieller Wettbewerber könnte Bahnfahrten z.B. zu echten Luxusreisen umfunktionieren, mit

bequemen Sesseln, einer Spielkonsole und einem gut gefüllten Kühlschrank.

Der Preis ist heiß

Die Magie des Emissionshandels wird dafür sorgen, dass Bahnfahrten mit der Zeit in Relation immer günstiger werden, als z.B. Flugreisen oder Autofahrten. Gut so: Freiheit in Zeiten des Klimawandels muss heißen: Du darfst super gerne 50 Flugreisen im Jahr machen, wenn Du es Dir leisten kannst und willst. Manche möchten sogar den „kostenlosen ÖPNV“ einführen und verschweigen, dass die Kosten dann einfach jeder Steuerzahler tragen muss. Unter gewissen Bedingungen kann aber auch ich mir vorstellen, dass der Staat Anreize zur verstärkten Nutzung des ÖPNV schafft: Sollte trotz jeglicher Modernisierung und dem vorgeschrittenen Entziehen von Emissionszertifikaten noch immer eine enorme Unattraktivität des ÖPNV vorliegen, muss es auch an den Preisen liegen. In diesem Fall sollte der Staat leichte, psychologische aber gut kommunizierte Anreize setzen, die Lust auf ÖPNV machen. Es wäre also vielleicht kein 9€-Ticket aber ein 50€-Ticket.

„
Wie bereits beschrieben, mag es gut sein, dass man mit einem 9€-Ticket mehr Herzen und BILD-Überschriften gewinnt. **Aber wirklich die zentralen Modernisierungen auf den Weg zu bringen, wird viel nachhaltiger erfolgreich sein.**

Fazit: Volker Wissing könnte Geschichte schreiben und der ÖPNV-Revolutions-Minister werden. Wie bereits beschrieben, mag es gut sein, dass man mit einem 9€-Ticket mehr Herzen und BILD-Überschriften gewinnt. Aber wirklich die zentralen Modernisierungen auf den Weg zu bringen, wird viel nachhaltiger erfolgreich sein. Damit die Menschen es ihm danken, wird eine geschickte Kommunikation entscheidend sein. Der Weichensteller-Wissing müsste in diesem Fall offensiv immer wieder von Visionen erzählen und Zwischenerfolge abfeiern, wie es sonst vielleicht nur Markus Söder kann, wenn er Bäume umarmt, ohne politisch wirklich zu handeln. Es wäre der unpopulistischste Populismus, der nur denkbar wäre und würde uns Freie Demokraten nicht nur als verkehrspolitischen Anwalt der Autofahrer (es ist super wichtig, dass wir, wie sonst niemand, dennoch an der Seite der Mobilitätsfreiheit -also auch dem Auto- stehen) brandmarken.

Wir müssen also in den sauren aber sinnvollen Apfel beißen und diesen möglichst so verkaufen, als wäre er eine süße Ananas.



TEXT:
TIM SCHÜTZ (25) ist stv. Landesvorsitzender der Jungen Liberalen in NRW und hat viele Jahre den BAK Umwelt, Verkehr und Bau geleitet. Ihr erreicht ihn unter: tim.schuetz@julis-nrw.de

Das
Lesezeichen
Jede Ausgabe
eine neue
Buchrezension

Rainer Zitelmann

„DIE 10 IRRTÜMER DER ANTIKAPITALISTEN: ZUR KRITIK DER KAPITALISMUSKRITIK“

Wenig überraschend: **KAPITALISMUS** ist die Lösung

RAINER ZITELMANN -
DIE 10 IRRTÜMER DER
ANTIKAPITALISTEN
Verlag: Finanzbuch Verlag
Seitenzahl: 464
ISBN-13: 9783986090364
Artikelnr.: 62867633

BUCHTAUTOR:
RAINER ZITELMANN (65) ist promovierter Historiker und Soziologe und als Autor und Unternehmer tätig. Er ist Mitglied der FDP. In der Vergangenheit, insbesondere den 90er Jahren, stand er wegen Aussagen und Publikationen, bspw. dem „Appell 8. Mai 1945“ zu einer erinnerungspolitischen Wende, in der Kritik. Diese Aussagen werden von einigen Beobachtern dem neuerechten Spektrum zugeordnet. Zitelmann selbst definiert sich als nationalliberal.

„**KAPITALISMUS** wird heute mit allen schlimmen Dingen auf der Welt in Verbindung gebracht. Der Begriff ist zum Synonym für das Böse schlechthin geworden“, schreibt Rainer Zitelmann in seinem Buch Die 10 Irrtümer der Antikapitalisten. Das Sachbuch ist eine literarische Fortsetzung und konsequente Weiterentwicklung von Zitelmanns zuvor erschienenem Kapitalismus ist nicht das Problem, sondern die Lösung. Wenig überraschend führt Zitelmann die Leser auch in der Fortsetzung zu der Erkenntnis, dass Kapitalismus und soziale Marktwirtschaft auch in Zukunft die besten Systeme sind, Wohlstand auszubauen und Demokratien zu festigen.

Zitelmann greift dabei den größten Irrtum heraus, dem die Menschen obliegen: „Früher war alles besser, die Welt wird immer schlechter“. Das ist einer der Leitsätze, der sich tief im Inneren vieler Menschen manifestiert hat. Der Autor benennt Umfragen in Deutschland, bei denen sich 45 Prozent der Befragten sicher sind, dass Kapitalismus für Hunger und Armut auf der Welt verantwortlich sei. Lediglich 15 Prozent sind der Meinung, dass der Kapitalismus die Probleme Armut und Hunger verbessert hat.

Der Autor versucht die Leser bei diesem Irrglauben abzuholen, Meinungen und Fakten zu trennen und wissenschaftlich aufzuarbeiten. Er meint, je emotionaler ein Thema diskutiert wird – wie etwa Hunger und Armut – desto schwieriger sei es, eine faktenbasierte Debatte zu führen. Dies sei das essenzielle Problem; bei einem emotionalen Thema seien deswegen Menschen viel weniger bereit, Fakten und Erkenntnisse anzunehmen, die ihrer eignen Meinung widersprechen.

Zitelmann widerlegt gezielt Behauptungen der Kapitalismusgegner. Zum Beispiel, „Kapitalismus ist verantwortlich für Hunger und Armut“ oder „Kapitalismus führt zu steigender Ungleichheit“. Diese Aussagen entkräftet er detailliert und minutiös mit Fakten,

Ländervergleichen, Zahlenangaben und umfangreichen Quellen. Dabei ist er manchmal sehr detailverliebt und verliert sich in Nebensächlichkeiten, die die Kapitel künstlich in die Länge zieht, was man beim Lesen der rund 500 Seiten wahrnimmt.

Außerdem befasst sich der Autor mit Fragen nach Alternativen zum Kapitalismus. Hier geht er ausführlich darauf ein, warum Sozialismus in der Theorie, also auf dem Papier, zwar immer gut aussieht – außer, wenn er in einem Geschichtsbuch steht. Für ihn kann Sozialismus aber niemals die Lösung sein.

Seinem eigenen Stil bleibt Zitelmann in 10 Irrtümer mit einer Stringenz und minutiösen Detailverliebtheit treu. Er versucht nicht künstlich eine mittlere Position einzunehmen oder Kapitalismuskritikern bei ihren „irrigen Meinungen“ entgegenzukommen, wenn die Fakten eindeutig etwas anderes sagen. Dabei holt er die Leser trotz trockenen Zahlen und zahlreichen Quellen mit einer blumigen Bildsprache und zahlreichen bildhaften Vergleichen ab. Gleicht die Auseinandersetzung mit dem Kapitalismus häufiger eher einem Schauprozess, so bekommt er in die 10 Irrtümer mehr als nur ein faires Verfahren.

Mein Fazit: An manchen Stellen etwas langatmig, aber gleichzeitig ein überzeugendes wissenschaftliches und politisches Werk. Ideal geeignet, um in Podiumsdiskussionen die linke Kandidatin mit Fakten schachmatt zu setzen. Für die liberale Seele aber nicht viel Neues.



TEXT:
CHARLOTTE JACOBSONN (24), studiert Journalistik im Master und ist Mitglied bei den JuLis Düsseldorf. Neben dem Studium schreibt sie für die WELT und arbeitet in einem Abgeordnetenbüro im Landtag NRW. Ihr erreicht sie unter charlotte.jacobsohn@julis-nrw.de

Impressum

jung+liberal ist das Mitgliedermagazin des Bundesverbandes der Jungen Liberalen. Es erscheint viermal jährlich. Zu beziehen ist jung+liberal per Abonnement, Mitglieder der Jungen Liberalen erhalten das Magazin automatisch im Rahmen ihrer Mitgliedschaft. jung+liberal wird gefördert aus Mitteln des Bundesministeriums für Familien, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ).

Herausgeber:

Bundesverband Junge Liberale e.V.
Reinhardtstraße 14, 10117 Berlin
Telefon: (030) 680 78 55-0
Telefax: (030) 680 78 55-22
E-Mail: info@julius.de

Chefredaktion (V.i.S.d.P.):

Leonard Kern-Wagner (kern-wagner@julius.de)

AutorInnen: Franziska Brandmann, Marvin Bretschneider, Jessica Bremes, Lia Grahl, Benjamin Hinz, Torben Hundsörfer, Charlotte Jacobsohn, Samuel Kessler, Johanna Koch, Theresa Ley, Vincent Oehme, Jan Olsson, Tim Schütz, Timo Weckes

Interviewgast: Niklas Steenfatt

Auflage: 12.500 Exemplare
Gestaltung: Sebastian Ritschel

Mit dem Namen des Autors versehene Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Nachdruck mit Quellenangabe erwünscht. Belegexemplar erbeten. Für unverlangt eingesandte Fotos und Manuskripte übernehmen wir keine Haftung.

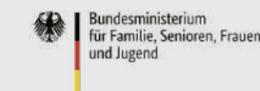
Meinungsbeiträge, insbesondere von Gastautoren im Rahmen der Manöverkritik, werden weder inhaltlich noch redaktionell, lediglich auf Rechtschreibung, überarbeitet.

Bei Fragen zur Ausgabe, für eine Aufnahme in den Autorenverteiler, bezüglich Leserbriefe und Blattkritik bitte einfach eine E-Mail an kern-wagner@julius.de schicken.

Bildnachweise

© JuLis/privat, Berlin
Titelfoto: AdobeStock
Illustrationen und Fotos: unsplash.com: S. 16, S. 26, S. 34; AdobeStock: S. 4 (2), S. 14, S. 20, S. 23, S. 24, S. 28, S. 30, S. 32

Dieses Magazin wird gefördert vom





Verband der Privaten
Krankenversicherung

Endlich: die Jugend- bewegung für jedes Alter.

Der neue Generationenvertrag für die Pflege.

Wenn Alt und Jung zusammenhalten, haben alle eine sichere Zukunft.

Das gilt besonders für die Pflege. Damit sie bezahlbar bleibt, muss sich dringend etwas ändern. Unser Vorschlag: die Älteren solidarisch unterstützen und den Jüngeren die Spielräume für private Vorsorge schaffen.

www.pkv.de/generationenvertrag